

Volksrecht

für Schlesien - Organ für die westlichen

Heute abend
Proraganda-Marsch
der 'Eisernen Front'
(Aufmarschplan im Breslauer Teil)

Die 'Volksrecht' erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: 'Unterhaltung', 'Rundfunk', 'Sozialistische Literatur-Rundschau', 'Für die Frauen', 'Arbeiter-Sportbewegung' und der monatlichen Beilage 'Junge Kämpfer'...

Anzeigenpreis: Je Millimeter Tag 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. - Fernpostkonto: Breslau 3852.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unter Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen für die nächste Nummer bis 11 Uhr abgegeben werden. - Fernpostkonto: Breslau 3852.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur juristisch geprüften Rückporto beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

14. Jahrgang

Donnerstag, den 19. Januar 1933

Nr. 16

Wird eine Diktatur der Harzburger vorbereitet?
Hugenberg versucht bei Hindenburg eine Regierung Hitler-Hugenberg mit diktatorischen Vollmachten zu erreichen

Berlin, 19. Januar. (Sig. Funfbericht.)

Am Mittwoch haben verschiedene „feine Leute“, darunter Herr von Papen und das Mitglied des Herrenklubs, von Alvensleben, vergeblich den Versuch gemacht, eine Unterredung zwischen Hitler und dem Reichkanzler von Schleicher zustande zu bringen...

Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' fährt in ihren Betrachtungen fort: Von den mannigfachen Möglichkeiten, die sich nach einer Einberufung des Reichstags ergeben, wird die wahrscheinlichste bezeichnet, während die äußerste andere Eventualität...

Soweit die 'D. A. Z.' von den Kombinationen, die sie verzeichnet, teilt die letzte nach unseren Informationen den gegenwärtigen Stand des Kulissenstückes, das gegenwärtig zwischen Hitler und von Papen...

In der Hugenberg-Presse verläutet heute, daß offenbar auch Verhandlungen angestellt werden, eine direkte Verbindung zwischen dem NSDAP und dem Reichspräsidenten zur Erörterung der politischen Lage zu erreichen...

Die rechtsradikale 'Deutsche Zeitung' erörtert heute die Möglichkeit einer Regierungsumbildung ohne Neuwahlen. Das Blatt schreibt, daß entweder Schleicher den Weg zur Umwidmung der Regierung frei mache, indem er sich auf den Vollen des Reichswahlministers zurückziehe...

Grundsatztreue Kommunisten

Vier ehemals Prominente aus der KPD, gehen zu den Nazis

Die Kommunisten in Stadt und Kreis Wehlar haben besonderes Pech mit ihrer Führungsgarnitur. Nicht weniger als vier ehemalige „prominente“ Kommunisten, die weder auf die Sozialdemokratie zu kämpfen pflegten, sind zur äußersten Rechten hinübergewechselt...

Die unangenehme Unterfuchung der Dsthilfe

Die Erörterung der Durchführung der Dsthilfe ist der Reichsregierung und den Grohagariern außerordentlich unangenehm. Trotzdem wird die Regierung ihr nicht entgegen. Die von ihr angeforderten Auskünfte sind allerdings so unzulänglich, daß sich sowohl die Sozialdemokratie als auch das Zentrum im Haushaltsausschuß des Reichstages...

Neuer Sozialraub geplant
Die Arbeitslosenversicherung soll beseitigt werden

Im neunten Ausschuss des Reichstages, der am Mittwoch zu den Anträgen auf Beseitigung der sozialen Härten der Notverordnungen Stellung nahm, wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der jeden Abbau der Arbeitslosenversicherung unterbinden, die zerstörte Rechtsgrundlage der Versicherung wiederherstellen will...

Der Reichsarbeitsminister Dr. Sneyr erklärte, daß jetzt alles darauf dränge, eine Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe herbeizuführen. In den nächsten Tagen werde das Kabinett zusammentreten, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen...

Der Breslauer Universitäts- skandal im Landtag
Abgeordneter Professor Dr. Kötling geißelt das Verhalten der Breslauer Universitätsbehörden

Hg. Prof. Dr. Kötling (Soc.) kam in der Kulturdebatte im Preussischen Landtag gestern auch auf den Fall Breslau zu sprechen. Wir bringen heute diesen Teil seiner Rede und werden morgen seine übrigen Ausführungen, die heute aus Raum-mangel zurückgestellt werden müssen, nachtragen.

Sozialistischer Verheerung entgegen zu treten, die mit Schlagkräften kämpft. Und diese Professoren-Feilschaft ist es, die die Kulturreaktion und den Studentenrabau ernuntern. Jetzt geht die Debatte weiter gegen den Professor Schöwerin, Lehrer der Staat an der Technischen Hochschule...

Der Fall Breslau aber besteht darin, daß die Studenten zandalkerten, die Unkosten der Professoren vor der Erwerbspolitik der Hochschulbehörden...

Die gestrigen Abstimmungen im Landtag
Die Abstimmungen in der Mittwochsung ergaben meist Einstimmigkeit - die Deutschnationalen fehlten - gegen Stillelegungen, für Arbeitsbeschaffungsprojekte...

(Sehr wahr! bei den Soc.) Es gibt nur eins, was noch größer ist als das Unbehagen der Herren Professoren, das ist ihr Bedürfnis nach vollen Gehältern und hohen Kollegialgehältern. (Heiterkeit und Beifall) Aber ein Pa gab es in Deutschland die lieben Göttinger Professoren, die nicht wichen die Gemäßigtheit der Reaktion angrazigten; statt gab es die Schmöller und Wagner, Womman und Jeller...

Warmbold gegen die Autarkie

Er begründet im Haushaltsausschuß die Notwendigkeit des Exports

Innerhalb der Reichsregierung bestehen über die Wege, die die deutsche Wirtschaftspolitik einschlagen hat, die stärksten Meinungsverschiedenheiten. Beschränkung auf die Binnenwirtschaft oder Steigerung der volkswirtschaftlichen Ergiebigkeit durch den Warenverkehr mit dem Ausland, das ist der Kernpunkt des Streits. Im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich am Mittwoch der Reichswirtschaftsminister Warmbold zu diesem Problem. Er vertrat die Ansicht, die aktuellen Gegenstände mit dem Reichsernährungsminister und dem Reichslandbau zu besprechen. Dennoch waren seine allgemeinen Darlegungen die schärfste Beurteilung der einseitigen Politik der Großgrüter und in dieser Hinsicht außerordentlich wertvoll.

In der Wirtschaftspolitik, so führte Warmbold aus, gebe es Dinge, die so fest und unverrückbar sind, daß sie die großen Grundlinien unserer Wirtschaftspolitik noch lange bestimmen werden. Die Grundlagen der heutigen Wirtschaftspolitik seien zur Zeit Bismarcks gelegt worden.

Weder als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung lebe von der Arbeit für das Ausland.

Für diesen Teil der Bevölkerung gebe es keine Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland. Es bleibe Deutschland also nichts anderes übrig, als vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland zu erhöhen.

Eingehend beschäftigte sich Warmbold auch mit den Problemen der Landwirtschaft. Ihre Rentabilität lasse zu wünschen übrig. Trotzdem sei die Menge der Erzeugung so gestiegen, daß sie heute 25 Prozent höher sei als 1924. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft aber sei nicht gestiegen. Sie könne auch Arbeitslose in Zukunft in neuem Wertes Zahl nicht aufnehmen. Deutschland sei bald in der Lage, sich mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Rohstoffe aber müßte Deutschland aus der Weltwirtschaft beziehen. Dafür brauche es Beträge in Höhe von mehreren Milliarden. Nur durch den Verkauf der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt könne es diese Summen bezahlen. Der Warenverkehr mit dem Ausland sei also eine notwendige Ergänzung für Deutschlands innere Wirtschaft. Je mehr Deutschland Selbstversorgungsbereich werde, umso ausschließlicher würden die Preise von der Kaufkraft, also von der Höhe der Löhne bestimmt. Die Landwirtschaft habe also auch unter diesem Gesichtspunkt das höchste Interesse an der Aufrechterhaltung eines genügenden Exports, weil nur durch den Export die innerdeutsche Preisbildung für die Landwirtschaft erhalten werden könne.

Recht interessant, wenn auch nicht immer neue Zahlen lieferte Warmbold für den Beweis, daß der Rückgang des Exports und das Steigen der Arbeitslosigkeit zu einem erheblichen Teil in Folgen der Landwirtschaft liegen. Der Rückgang des Exports um sechs bis sieben Milliarden Mark und die dadurch hervorgerufene Steigerung der Arbeitslosigkeit um 2 1/2 Millionen habe zu einem Anstieg von Arbeitslosen in Höhe von 70 Prozent geführt. Diese Kaufkraft werde erfahrungsgemäß zu 60 Prozent für landwirtschaftliche, zu 40 Prozent für andere Erzeugnisse verwendet. Würde die Ausfuhr noch weiter eingeschränkt, dann gebe es noch weniger Kaufkraft für Nahrungsmittel, die Preise müßten also weiter fallen. Die besten Abnehmer der Agrarländer seien die Industriestaaten, nicht die Agrarstaaten. Das gleiche gelte für die einzelnen Provinzen in Deutschland. Der Inlandseinsatz der reinen Agrargebiete an Agrarerzeugnissen habe 25 Mark pro Kopf, an Industrieerzeugnissen 145 betragen. Aber die Industriegebiete hätten pro Kopf 99 Mark Agrarprodukte und 196 Mark Industrieerzeugnisse übernommen.

Dollfuß gibt Waffenschlebung zu

Verletzung des Friedensvertrages durch Österreich festgestellt Paris, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Im Auswärtigen Ausschuss der französischen Kammer wurde am Mittwoch die Angelegenheit der Waffenschlebung von Italien nach Österreich und Ungarn behandelt. Auf die Bitte des Ausschusses war Unterstaatssekretär Cot in der Sitzung erschienen, um dem Ausschuss die Auskünfte mitzuteilen, die der Quai d'Orsay bisher über diese Angelegenheit hat einholen können.

Nach dem „Populaire“ hat Cot erklärt, daß dem Außenministerium die Entschuldigungen der Wiener Arbeiterzeitung“ bestätigt worden sind. Ein Telegramm des französischen Gesandten in Wien erklärte, Bundeskanzler Dollfuß habe angegeben, daß die 47 Waggons Waffen, die für Ungarn bestimmt waren, die österreichische Grenze passiert hätten. Es liege also unbestreitbar eine Verletzung des Vertrages von St. Germain vor. Die Regierung habe daher ihren Gesandten in Wien angewiesen, alles zu tun, um die Wiederkehr eines derartigen Skandals zu verhindern. Am Schluß

seiner Erklärungen kündete Cot an, daß Vertreter der Kleinen Entente demnächst eine Debatte über diese Angelegenheit hervorgerufen würden.

Der sozialistische Abgeordnete Conguet, der eine Interpellation über die Waffenschlebung eingebracht hatte, teilte dem Ausschuss einige interessante Einzelheiten über den Umfang der Waffentransporte mit. Danach sind

65 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre nach Österreich und Ungarn verschifft worden.

Conguet zitierte einige Artikel aus österreichischen Zeitungen und erklärte: „Diejenigen, die hier für die österreichische Anleihe gestimmt haben, haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß Österreich nicht der Komplize der schändlichen Missetaten wird.“ Der Ausschuss hat schließlich den Unterstaatssekretär über das Ergebnis der vom Außenministerium eingeleiteten Untersuchung auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Neue Unterredung Hoover-Roosevelt

Hoover wird im Laufe des heutigen Tages eine neue Besprechung mit Roosevelt haben. Die gespannte Lage im fernen Osten ist die Ursache dieser Unterredung. Außerdem soll die Frage der Kriegsschulden erörtert werden.

Hitler kühnhandelt mit den feinen Leuten

Den ganzen Tag Verhandlungen mit Großindustriellen, Grafen und Baronen — Unten der Flagge der Hohenzollern

Am Mittwoch hatte Adolf Hitler seinen ganz großen und feinsten Tag. Von morgens bis in den späten Abend sah, er sprach und kühnhandelte er ausschließlich mit den feinen und allerfeinsten Leuten. Von einem Palais laute sein silberlackierter Mercedes-Wagen zylinder zum anderen, von einem Klubstiel zum anderen, „Arbeiterführer“ in ein anderes, noch tieferes Polstermöbel, vom Baron zum Grafen, vom Grafen zum Schwerarbeiter, zum Herrn, zum Grubenmagnat zum Zeitungsmagnat.

Es war ein großer Tag im Leben „des Führers“ für das Dritte Reich. Im wesenlosen Säcine lagen hinter ihm und seinem Goebels die öden, grauen Tage des Deutschlandfluges gegen die Barone und feinen Leute, die die Macht „erschleht“ hatten. Vorbei waren die schwarzen Tage des Kampfes gegen die „amalgamierenden Reaktionen, gegen die Herrenhäuser und den Hugenberg.“

Begleitet war die Drohung mit der Revolution der Bauern und Arbeiter.

Der Subhandel im Neunzehnerausschuß

Genf, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Neunzehnerausschuß der Völkerbundversammlung nahm am Mittwoch Kenntnis von japanischen Gegenmaßnahmen zu dem Resolutionsentwurf für die Lösung des Mandatskonfliktes.

Diese Entschließung der Vollversammlung enthält im wesentlichen die Verpflichtung zur Vermittlung, Erinnerung an die Nichtanerkennung gewalttätiger Gebietsveränderungen, wie sie in der Entscheidung des Rates vom 11. März enthalten war, die Respektierung des Völkerbundes-Konkordates, die Einladung von Amerika und Rußland den Verständigungsverhandlungen, den Aufrag zur Erstattung eines Berichtes bis 1. März an die Vollversammlung und Vorschlag von Lösungen, falls keine Verständigung zustande kommt.

Der Ausschuss befahte sich zunächst nur mit dem von Japan als Haupteinwand bezeichneten Abänderungsvorschlag, nämlich der Nichtinladung Amerikas. Es wurde beschlossen, es über diese Frage nicht zum Bruch kommen zu lassen und einen letzten lokalen Versuch zur Verständigung zu machen. Der japanischen Vertretung wird die Frage vorgelegt, ob sie die Streichung dieses Punktes die Entschließung annehmen werden. Man will also die Japaner nun zwingen, Farbe zu bekennen, was bei der japanischen Außenpolitik wünschenswert wäre. Ueber die chinesischen Abänderungswünsche wurde nicht gesprochen, und nur mit der bezeichnenden Begründung, daß sie sich bei einer Ablehnung durch Japan erübrigen würden. Ein neuer Termin die Weiterarbeit des Ausschusses wurde nicht festgesetzt, da stimmt mit einer neuen Verzögerungsforderung Japans für Antwort aus Tokio gerechnet wird.

Neuer Flaggenstandal

Nazi-Kerl legt gegen das Geleß die schwarz-weiß-rote Parteifahne auf dem Landtagsgebäude — SPD-Antrag dagegen

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Auf dem Landtagsgebäude wehte am 18. Januar 1933 neben den Fahnen in den Farben Preußens und des Reiches die schwarz-weiß-rote Fahne. Frohlockend macht die deutsche nationale Presse über diese Beflaggung des Landtagsgebäudes Mitteilung und beglückwünscht den Landtagspräsidenten zu dieser verfassungswidrigen Tat.“

Was den Mitteilungen der deutschnationalen Presse ist ersichtlich, daß die Landtagsbeflaggung auf Betreiben der Deutschnationalen mindestens schon am 17. Januar vorbereitet wurde, und daß deshalb in der Durchführung dieser

Wünsche durch den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten eine Verbeugung der Nationalsozialisten gegenüber den Deutschen Nationalen und der schwarz-weiß-rote Fahne erblickt werden muß.

Wir erheben gegen die ungehörige Beflaggung des Landtagsgebäudes den allerheftigsten Protest und beauftragen: 1. den Landtagspräsidenten aufzufordern, die schwarz-weiß-rote Fahne sofort von dem Landtagsgebäude zu entfernen, da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen diese Beflaggung unzulässig ist, 2. die Kosten für die Beflaggung der schwarz-weiß-roten Fahne persönlich zu übernehmen, da die Bezahlung aus Staatsmitteln unzulässig ist.“

Wahn: Europa 1934

Von Hans Sobik

Deutsche Rechte: Fadedreiterverlag, Hamburg-Bergedorf 45) (Nachdruck verboten)

Brandt packt die Handgelenke der Rothhaarigen. „Der Krieg soll verhindert werden! Nichts weiter! Aber ihr wollt Chaos! Anarchie! Ihr müßt mein Ziel zu eurem Mittel tun. Ohne einen Tropfen Blut können wir gewinnen. Saint Brice ist ein toter Mann. Warum müßt ihr die Straße rot färben? Was sind fünfzigtausend Bajonette gegen das Rein von fünfzehnhunderttausend Herzen! Wenn ihr euch der gleichen schamlosen Gewaltmethoden bedient, habt ihr keine Welt auf, die lebenswert ist!“

„Sie können uns doch nicht in die Rolle des kranken Mannes hineinzwingen!“ flammte Rhee auf. „Bronca, Milano, Romier. — Warum sieht ihr da und sagt keine Silbe? In der Rue de Flandre wird getuschelt!“

„Ohne meinen Auftrag!“ schreit Brandt die Landtag an. „Bronca geht auf ihn zu. Sie haben die Dämme angepöbeln, sie müßt jetzt nach eigenem Geleß. Ihr müßt uns alle dazu bekennen.“

„Generalfreil hat nichts mit Bürgerkrieg zu tun! Kommt jetzt der Hunger über euch? Ich werde mein Gefühl nicht mehr los, daß ich allein beste in einer Wüste.“

„Der Generalfreil allein bräut ja den Allen um Quai d'Orsay nicht weg“, rief Bronca aus. „Ihr Herren Hundstuch bekommen Sie vermutlich gar keine Antwort!“

„Rhee wirft den Kopf herum. „Was für ein Hundstuch?“ Bronca packt die Äpfel. „Brandt hat wochenlang Saint Brice um eine Ausrede gebeten.“

„Was...? Sie suchen Verbindung mit den alten Herrgöttern? Möglich ein faules Kompromiß...?“

„Ich will ihm Harz geben, daß Paris in zwei Stunden in einem roten Meer dampft, wenn er nicht verschwindet.“

„Ich muß die nutzlose Agonie abtun. Ich will, daß er freiwillig seinen Rantrolle anzeigt. Wenn er durch Gewalt fällt, ist unsere Mission um ihren Sinn gebracht. Er soll vor unserer höheren Sittlichkeit kapitulieren! Nicht vor unseren Messern. Und er wird kapitulieren.“

„Caroque kommt rasch die Stiege herunter. „Saint Brice hat gefunkt.“ „Er reizt Brandt einen Zettel.“

„Wer behält recht!“ triumphiert Brandt. „Bitte, Haftbefehle aufgehoben! Im neun Uhr sahste ich los. Also in 20 Minuten.“

„Das ist eine Falle!“ bricht Rhee aus. „Sie wirken um Ihren Kopf!“

„Brandt lacht verächtlich. „Dem Alten sitzt der Kopf lockerer als mir.“

„Ueber Broncas Gesicht geht ein Wetterleuchten, drohend weist sein Bartgewirr. „Aber Kompromisse will ich nicht! Das Versprechen müssen Sie uns geben, Brandt!“

„Die Sorge ist überflüssig, Ueber Bronca. „Geht! Die Massen dürfen mir jetzt nicht die Arbeit versauen.“

XXII

Im Quai d'Orsay hat alle Minister versammelt. Saint Brice hat sich bereit, die Verantwortung, die er durch Aufhebung der Haftbefehle auf sich nahm, rasch auf die Schultern seiner Kollegen zu verteilen. Ein Teil der Herren mimt Entrüstung. Mit dem Aufrißer soll verhandelt werden!

„Hol was der Heiler!“ lacht Humette. „Schließlich gibt's Tränen und Stüberhuh.“

„Artikel ist billig“, verteidigt sich Saint Brice. „Oder war einer von Ihnen bereit, die Folgen eines weiterdauernden Generalfreil auf sein Gewissen zu nehmen? Ich trete ihm sofort meine Ärmel ab.“

Die Minister setzen auseinander vorbei. Der Innenminister fragt Humette: „Was soll denn die Basis Ihrer Verhandlungen mit Herrn Brandt sein?“

In diesem Ausbruch des Kriegsministers fällt die telefonische Meldung des Kommandanten von Paris, daß mehrere tausend Arbeiter an der Place de la Chapelle den Truppenfortschritt durchbrochen haben und bis zur Gare du Nord vorgedrungen sind. Die Truppenführer seien durch die Aufhebung der Haftbefehle plötzlich unsicher geworden.

„Keine nutzlosen Zusammenstöße provozieren!“ befiehlt Saint Brice, ohne zu überlegen. „Kein Blutvergießen, solange es sich um friedliche Demonstrationen handelt.“

Am anderen Drahtende höhnt der Kommandant von Paris: „Schießen! Nicht schießen! Was soll ich nun eigentlich tun? Entweder man paktiert oder knüppelt nieder.“

„Ich stelle alle Maßnahmen Ihrem pflichtgemäßen Ermessen anheim“, sagt der Ministerpräsident, hängt ab, stolz, sich so weit aus der Schlinge gezogen zu haben.

Während das Kabinett um sein Schattenbasen ringt, fährt Brandt dem Stadtmann zu. Sein Herz ist von Sorge und Zweifel zerquält. Er hat ungeheuerliche Millionenheere in Bewegung gesetzt... wohin?!

Das Auto passiert den Boulevard de Clichy. Hier wird es angehalten. Brandt für verhaftet erklärt. Er protestiert. Ein herzuweilender Offizier weiß nichts von aufgehobenen Haftbefehlen. Die Werbung der Regierung hat die unteren Dienststellen noch nicht erreicht. Endlich bequemt sich der Offizier einer telefonischen Anfrage. Es vergeht fast eine halbe Stunde, ehe er zurückkommt. Er entschuldigt sich, schwingt sich auf den Sitz neben dem Chauffeur. Das Auto läuft los.

Es ist halb zehn Uhr vorbei, als Brandt mit dem Offizier die Stufen des Außenministeriums hinaufsteigt, norüber auf Posten, die jeden Treppenaufgang bewachen.

Jetzt tritt er über die Schwelle des Zimmers, das gestern noch seine Befehle hörte. Heute kommt er als... als Bittender! Als Gefangener? Oder als neuer Herr...?

Saint Brice erhebt sich langsam und mit betonter Würde aus seinem Sessel. Am Fenster steht Humette mit gläsernen Augen. Der begleitende Offizier zieht sich auf einen Wind zurück. Drei Sekunden tiefe Stille.

„Ich habe Ihnen die erbetenen Unterredung bewilligt, weil ich voraussetze, daß Sie mir Ihre bedingungslose Unterwerfung mitteilen wollen.“ Saint Brice hat selbstbewußt, aber nicht unfreudig gesprochen.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Heute Abend Propaganda-Marsch der Eisernen Front

Es beteiligen sich:

Reichsbanner-Vortrupp, Jugend und Jungshupo, Reichsbanner-Mitshupo und Stafs, Junge Front, Frauen-vortrupp, Sportler, Hammerhelfer, Parteigenossen, Frauen dürfen außer dem Frauenvortrupp, den Sportlern und der „Jungen Front“ nicht mit antreten.

Es treten an:

- Westen: Striegauer Platz, 18.30 Uhr: Reichsbanner-Vortrupp, Jugend und Jungshupo des Ortsvereins, Reichsbanner, Abteilung West, Schupo und Stafs, mit Gaudan, Deutsch-Wissa, Neulisch, Herrmannsdorf, Hammerhelfer des Bereichs Nikolaitor und Popelwitz, Parteigenossen des Bereichs Nikolaitor und Popelwitz.
Norden: Am Wäldchen (Kohlenstraße), 18.45 Uhr: Reichsbanner, Abteilung Nord, Schupo und Stafs mit Abteilung Ostwisch, Schottwitz und Zimpel, Junge Front Breslau (außer Reichsbannerjugend), Hammerhelfer des Bereichs Dertar, Sandtor, Scheitnig und Zimpel, Parteigenossen des Bereichs Dertar, Sandtor, Scheitnig und Zimpel.
Osten: Margaretenstraße (Gewerkschaftshaus), 18.30 Uhr: Reichsbanner, Abteilung Ost, Schupo und Stafs mit Abteilung Ostwisch, Schönborn, Wolschowitz, Frauenvortrupp, Sportler, Hammerhelfer des Bereichs Dhlauer Tor und Streblener Tor, Parteigenossen des Bereichs Dhlauer Tor und Streblener Tor.
Süden: Museumsplatz, 18.30 Uhr: Reichsbanner, Abteilung Süd, Schupo und Stafs mit Kleitenhof, Opperau, Mochnern, Hammerhelfer des Bereichs Süden und Süd-West, Gräßchen, Kleinburg, Parteigenossen des Bereichs Süden und Süd-West, Gräßchen, Kleinburg.

Republikanische Hochschulfront

Eine Gegenfront

zur nationalsozialistischen Studentenschaft

Die unterzeichneten Verbände an der Universität Breslau und zahlreiche Freistudenten haben sich zur „Republikanischen Hochschulfront“ (im Deutschen Studentenverband) zusammengeschlossen. Die fortschreitende Nazifizierung der Studentenschaft macht es notwendig, eine Gegenfront zu bilden. Die „Republikanische Hochschulfront“ kämpft für die Gleichberechtigung aller Studenten, die sich zur deutschen Kulturgemeinschaft bekennen. Sie kämpft für mehr und mehr Freiheit. Sie kämpft für die Bekämpfung von der nationalsozialistischen Massenpropaganda, die heute den Ruf der deutschen Hochschulen gräßelt. Sie kämpft gegen den Gift der Strafe, der sich auf den Hochschulen breit gemacht hat. Sie wendet sich gegen den Teil der Studentenschaft, der gläubig nationale Würde von der Parteizugehörigkeit abhängig machen zu können. In diesem Sinne wird die „Republikanische Hochschulfront“ in allen hochschulpolitischen Fragen, insbesondere in der Selbstverwaltung der Studentenschaft mitwirken. Sie wird uneigennützig zum Besten der Breslauer Hochschulen und aller Studierenden arbeiten. Die „Republikanische Hochschulfront“ ruft alle gleichgesinnten Studentinnen und Studenten zur Sammlung in ihren Reihen auf.

Deutscher Studentenverband

Sozialistische Studentenschaft

Freie wissenschaftliche Vereinigung i. B. u. W. B.

Burschenschaft „Memanina“

Mathematisch-Wissenschaftliche Vereinigung „Thuringia“ im A.C.

Sozialistische Jugend

in der Krise der Gegenwart

Ueber dieses aktuelle Thema wird Genosse Dr. Otto Stammer im nächsten Erwerbslosenkreis für Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisationen sprechen. Der Kreis beginnt Montag, den 23. Januar, früh 9 Uhr, im Galerienraum des Gewerkschaftshauses. Alle Mitglieder und Funktionäre unserer Organisationen sollten die Gelegenheit, eine Orientierung über die eigene Lage in gemeinsamer Aussprache vorzunehmen, nicht veräumen.

Für 100 Mark Nazirube

Vor einem hiesigen Kabarett-Lokal verübten vor kurzem abends SA-Leute mit einer gewissen Systematik einen solchen Raub, daß der Besuch erheblich gestört und dadurch natürlich auch der Geschäftsbetrieb beeinträchtigt wurde. Ein dort beschäftigter, dem nationalen Gedanken nachsehender, Musiker beschwerte sich hierauf im Gauhaufe der NSDAP, und gab zu bedenken, daß auf diese Weise doch die in dem Lokal beschäftigten Arbeitnehmer erheblich geschädigt würden. Daraufhin wurde dem Manne bedeutet, der Inhaber des Lokales solle doch 100 Mark für die vielen Zwecke des Nazismus springen lassen, dann werde die Sache sofort bereinigt.

Geschäft ist Geschäft, der Inhaber des Lokales zog also das kleinere Übel, einer Erpressung nachzugeben, dem größeren Übel, einer Naziaufwechsellonne vor seinem Lokal vor und berappte den geforderten Betrag. Den Feinernern Deutschlands blieb es vorbehalten, in Breslau — und wohl auch anderswärts — die Methoden der Nationalistischen Mafia einzuführen, ein Verdienst, das die Arbeiterchaft den politischen Freiweibern vom Hakenkreuz allerdings neidlos überläßt.

Wohnung ausgeräumt

während die Bewohner schliefen

Ein besonders dreister Einbruch ist in der Nacht zum Mittwoch im Hause Heimanstraße 2 verübt worden. Dort gelang es Einbrechern, in die Wohnräume eines Beamten hinein zu kommen, der mit seiner Familie und der Hausangestellten schlief und nichts von dem Besuch merkte. Die Einbrecher öffneten sogar ein modernes Sicherheitsloch, bei dem der Schlüssel von ihnen steckend ohne es zu beschließen. Im Wohnzimmer erbrachen sie einen Schreibtisch, ein Büfett und fanden auch schließlich eine Kasse, in der sich 400 Mark Bargeld befanden, das sie mitnahmen. Schließlich packten sie auch noch einen goldenen Ring mit zwei Brillanten, eine goldene, 50 Zentimeter lange Paiste, ein altertümliches goldenes Armband, silberne Edelsteine für sechs Personen, eine große silberne Suppenteller, ein Teefäß aus Silber, silberne einfache Edelsteine für sechs Personen, Metallbüfett, Zuckerkübel und einen silbernen Lindtacher zusammen. Der Gesamtwert der Beute beliefert sich auf 1000 Mark.

„Wir sind von Beuthen, vom Potempaprozeh“

Beim Amtsgericht sollte dieser Tage eine Verhandlung gegen einen besonders rabiaten Nazibanditen steigen, der sich des ruhmreichen Lärms, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt der öffentlichen Beamtenbeleidigung und einer Uebertretung der Verleumdungsvorschriften schuldig gemacht hatte. Man ging aber wieder auseinander, nachdem sich der Richter mit dem Angeklagten und dessen Anwalt eine Weile auseinandergesetzt hatte. Der angeklagte Naziot hatte sich nämlich, wie später bekannt wurde, überzeugen lassen, daß er bei einer Verhandlung des Einspruchs gegen einen Strafbefehl nichts zu gewinnen habe.

Den Anlaß dieser Angelegenheit bildete folgender Vorfall: Im September vorigen Jahres, als am Blücherplatz Gleisarbeiten ausgeführt wurden, kam ein Nazi in voller Kriegsbemalung in einem Auto die Junferstraße entlanggerast und wollte den geperrzten Fahrweg um den Blücherplatz benutzen, obwohl ihm ein dort stehender Schupolizist ein Zeichen gab, abzubiegen. Als der Nazi trotzdem durch die Absperrung fuhr, hielt sich der Beamte am Wagen fest und sprang auf das Trittbrett. Darauf hieb der Nazi mit der Faust auf die Hand des Beamten und mit der anderen Hand schlug er den Schupo vorn am Kopf, gab ihm einen Stoß und schleuderte ihn herunter. „Wir sind nicht etwa aus Breslau, wir kommen von Beuthen vom Potempaprozeh!“ Das war die Parole, die zu dem Angriff auf den Beamten hergeleitet wurde. Was sonst noch an Beleidigungen von dem Burchei gesagt wurde, braucht nicht ausgeführt zu werden. Wir kommen vom Potempaprozeh! Das besagte genug und sollte den Schupo in Ehrfurcht erstarren lassen. Der Bandit wurde schließlich als der Kraftwagenführer Stefan Goldmann aus der Gögenstraße 7 festgestellt.

Da Herr Goldmann (oh welch arisch-germanisches Geblüt!) den Sachverhalt bei dem Ermittlungsverfahren gegen ihn nicht bestritt, erging gegen ihn ein Strafbefehl über zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis. Nun rührte sich der Naziband und legte Einspruch gegen den Strafbefehl ein, der nun vor dem Einzelrichter verhandelt werden sollte.

Nach den eindringlichen Hinweisen des Richters nahm aber der Anwalt des „Helden vom Potempaprozeh!“ vor Beginn der Verhandlung seinen Einspruch zurück und erklärte sich mit den 2 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft einverstanden. Sieh bei dem Polizeibeamten zu entschuldigen — wie es ihm nahegelegt worden war — hielt der Burchei selbstverständlich unter seiner Würde.

Jagd auf Menschen

und nur wegen unbefugten Mehrentens

Mit einem Prozeß, der bei allen Zuhörern einen recht deprimierenden Eindruck hinterließ, hatte sich das einfache Schöffengericht zu beschäftigen. Der 33jährige arbeitsfähige Bauarbeiter Spiker aus Jäschowitz hatte sich wegen Felddiebstahls und wegen Widerstandes zu verurteilen. Am 15. August vorigen Jahres war er einen Feldweg entlanggegangen und hatte zu beiden Seiten Weizen ausgelesen. Aus weiter Entfernung sah ihn der Feldhüter Moese aus Jäschowitz durch sein Fernglas. Als Moese in der Nähe den Feldhüter Spiker aus Jäschowitz sah, rief er diesem zu, den Spiker festzuhalten. Als dann Moese hinzugekommen war, packte er den alten Mann am Hals, nahm ihm den Sack weg und stellte sich darauf. Selbstverständlich verurteilte Spiker, sich den Moese abzuwehren, denn gerade lauft hatte dieser nicht zugepaßt. Auch den Sack wollte er nicht preisgeben, denn darin befand sich die Schürze seiner Frau und eine Bierflasche. Durch das Hin- und Herzerren und Schütteln war dem Spiker nicht

ein zusammengeschlagenes Messer aus der Tasche gefallen, sondern auch die Bierflasche lag am Boden, und wie Moese jetzt vor Gericht behauptete, sei der alte Mann mit der Bierflasche und dem Messer auf die beiden jungen Feldhüter losgegangen. Ja, Moese hat sogar gehört, wie Spiker gesagt habe: „Ich mache euch alle beide kalt!“ Das ist ein solcher Unsinn, wenn man bedenkt, daß beide Feldhüter schwer bewaffnet waren. Nach Ansicht des Staatsanwalts und des Gerichts mußte aber eine Bestrafung erfolgen, da Spiker nicht nötig gehabt habe, die Schürze seiner Frau und die Bierflasche zu verteidigen, denn beides wäre ihm bestimmt juridisch gegeben worden. Da er unbefugt Weizen gelesen hatte, wurde er wegen Felddiebstahls zu 6 Mark Geldstrafe, und weil er sich nicht so ohne weiteres den Sack wegnehmen lassen wollte, wegen Widerstandes gegen die Feldhüter zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Die 36 Mark kann der bisher unbefugte Mann selbstverständlich nicht bezahlen und so wird er auf seine alten Tage noch ins Gefängnis gehen müssen, weil dem Gutsbesitzer von Jäschowitz durch einen inwaliden Arbeiter einige Weizen weggenommen wurden.

Das Schicksal der Vorbestraften

Es bleibt dann immer wieder nur das Zuchthaus

Vor dem Schöffengericht hatten sich am Montag der 38 Jahre alte Bader W. und der 46 Jahre alte Metallarbeiter K. wegen eines gemeinschaftlichen Hühnerdiebstahls zu verurteilen. Die Angeklagten waren mit geringen Strafen davonkommen, wenn sie nicht beide ein sehr schweres Vorstrafenregister aufzuweisen hätten. Beide haben die längste Zeit ihres Lebens im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht. So ist W. wegen Mordes bereits zum Tode verurteilt gewesen. Er wurde aber dann zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt. Nach Verbüßung von mehreren Jahren Zuchthaus wurde er 1928 in Freiheit gesetzt, weil er sich gut geführt hatte. A. ist ebenfalls schon schwer vorbestraft. Als er 19 Jahre war, bekam er bereits vier Jahre Zuchthaus wegen Brandstiftung. Er wurde dann nochmals wegen schweren Raubes verurteilt, und 1922 erhielt er wegen Einbruchdiebstahls eine Zuchthausstrafe von acht Jahren. Diese beiden hatten sich im Zuchthaus kennen gelernt und trafen sich im Oktober vorigen Jahres zufällig auf der Straße. A. hatte ausbalanciert, daß sich in Odern eine Gelegenheit bot, Hühner und Kaninchen zu stehlen. An seinem Geburtstag, am Abend des 28. Oktober, wollte er diesen Einbruch ausführen, und da er W. traf, wollten sie zu zweien dorthin gehen. Sie erbrachen auch einen Kleintierstall, schlachteten an Ort und Stelle 15 Hühner und 2 Kaninchen, teilten sie sich und wollten nun nach Breslau zurück. Doch dabei wurden sie sofort erwischt. Es wurde ihnen das gestohlene Kleintier abgenommen, außerdem dem W. ein Lejding und fünfzehn Patronen und dem K. ein Stemmmeißel und ein Dietrich.

Die Verhandlung am Montag fand un-er-befonderen Vorkehrungsmahnahmen statt, doch gaben die Angeklagten keine Veranlassung, einzuschreiten. Sie waren auch im vollen Umfange geständig. Doch, wie der Staatsanwalt meinte, handelt es sich hier um Berufsvorbrecher, die trotz ihres Geständnisses keine mildernden Umstände verdienen. Er beantragte deshalb gegen beide wegen Einbruchdiebstahls und unbefugten Waffenbesitzes 3 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen K. drei Jahre Zuchthaus und gegen jeden auch drei Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilte nicht ihre Not. (Sie bezogen ein jeder wöchentlich 8 Mark Erwerbslosenunterstützung.) W. wurde zu einem Jahre vier Monaten Zuchthaus, K. wegen Einbruchdiebstahls im Rückfalle zu der Mindeststrafe von zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die beschlagnahmten Waffen und Einbruchwerkzeuge wurden einbezogen.

Geldscheineinbrüche

In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher in ein Zigarrengeschäft in der Höfchenstraße und entwendeten Zigarren und Zigaretten im Werte von mehreren hundert Mark. In der gleichen Nacht wurde auch ein Schaufenster eines Konfektionsgeschäftes in der Bohrauer Straße eingeschlagen, aus dem ein Coupon brauner Stoff mit Silberstreifen, ein Coupon Drapere-Stoff, ein Coupon Stoff mit schwarzem Untergrund und hellen breiten Streifen, sowie vier Coupons dunkler Stoff mit kleiner Musterung herausgeholt wurden. Die Täter entliefen unbemerkt. Die bestohlene Firma hat für Angaben, die zur Ermittlung der Einbrecher führen, 50 Mark Belohnung ausgesetzt.

Schneeabfuhr in diesem Winter

Der Polizeipräsident hat sich damit einverstanden erklärt, daß ebenso wie in den letzten beiden Wintern auch in diesem Winter die Abfuhr des zusammengehäuerten Schnees nur aus den Hauptverkehrsstraßen und auch nur dann vorgenommen wird, wenn sich die Schneehaufen tatsächlich als verkehrshindernd erweisen sollten. Darüber hinaus wird die Markthalverwaltung in befristetem Umfang auch die Schneehaufen in anderen als den Hauptverkehrsstraßen abfahren, soweit es das Verkehrsinteresse unbedingt erfordert und soweit hierfür Mittel zur Verfügung stehen. Selbstverständlich muß die Markthalverwaltung in der Erkenntnis, daß die Mittel für die Schneeabfuhr von der Bürgerschaft aufgebracht werden müssen, außerordentlich sparsam verfahren. Sie hofft dabei, daß die notwendigen Einschränkungsmaßnahmen volles Verständnis bei der Bevölkerung finden werden.

Zur Aufrechterhaltung der Straßenbeleuchtung in den Wintermonaten weist die städtische Betriebsdeputation erneut darauf hin, daß bei eintretendem Schneefall die Schneemassen nicht derart um die in Betrieb befindlichen Laternen herum gelagert werden dürfen, daß die Bedienung der Laternen erschwert wird und die Laternenwärter durch etwaigen Sturz von der Leiter gefährdet werden. Zur Vermeidung von Unfällen muß mindestens das unbedeutende Anlegen der Leiter auf der Lärseite der Laterne gesichert bleiben.

Arbeitslosen-Versammlung

Freitag, 14.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal, Arbeitslosen-Versammlung. Thema: „Darfen wir auf eine Besserung des Arbeitsmarktes im Frühjahr rechnen?“ Referent: Carl Smalinski, Arbeitslosen-Anglegenheiten.

Wir erwarten, daß sämtliche Erwerbslose von Partei, Gewerkschaft und Reichsbanner zu dieser Versammlung erscheinen. Mitgliedsbuch als Ausweis mitzubringen.

Erwerbslosen-Unterrichtsklasse

des Arbeiterbildungsausschusses Breslau. Der Kursus fängt: Die physikalischen Grundlagen des Radios“ beginnt heute, Donnerstag, ausnahmsweise nicht um 16.30 Uhr, sondern erst um 17.00 Uhr.

Wochenendzug nach dem Culengebirge

Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Für Sportliebende, die schon am Sonnabend wegfahren können, ist eine besonders beschleunigte Wochenend-Zugverbindung nach dem Culengebirge geschaffen worden. Die Einlegung des Zuges wird von Fall zu Fall bei günstigen Sportverhältnissen gleichzeitig mit der Einlegung der Sonntags-Sportsonderzüge bekanntgegeben. Der Sonderzug verkehrt dann Sonnabends wie folgt: Breslau Hbf. ab 13.46 Uhr, Jöhben 14.29 Uhr, Schweidnitz-Niederstadt 15.05 Uhr, Kroschwitz 15.11 Uhr, Hausdorf, Kreis Waldenburg (Schlesien) an 15.33 mit Anschluss in Hausdorf (ab 15.37 Uhr), nach Wülfewaldersdorf (an 15.52 Uhr). In Kroschwitz besteht Anschluss vom Zuge 404 Ramenz ab 13.58 Uhr. Da dieser Zug als Triebwagenzug gefahren wird, empfiehlt es sich für größere Gesellschaften, bei Benutzung des Zuges den Bahnhof Breslau Hbf. vorher wegen etwaigen Freihaltens von Plätzen zu verständigen.

Professor Paul Oetrich-Berlin. Der Vorsitzende des Bundes Entschiedener Schulreformer, spricht Sonnabend, 21. Januar, 20 Uhr, im Saal der Schlesischen Gesellschaft, An der Matthiasstraße, über: Volkswirtschaft, Friedensgestaltung. Eintritt 30 Pf., Erwerbslose und Jugendliche 10 Pf. Der infolge des „Vorgeliebten“ schon zweimal verschobene Vortrag wird die heute so notwendige Auseinandersetzung mit dem nationalistischen Gedanken und der Sabotage der Friedensbestrebungen bringen und daher besonders interessieren.

Humboldt-Berein für Volksbildung

Der erste der drei Kammermusik-Abende im neuen Jahre ist Sonntag, den 22. Januar unter Mitwirkung von Josef Wagner (Klavier) und Jascha Bernstein (Cello). Abonnements- sowie Einzelparten in den bekannten Ausgabestellen. Gleichzeitig ist hierdurch nochmals auf die Vortragsreisen, Arbeitsgemeinschaften und Lehrgänge der Akademie hingewiesen. Ausgabe der Teilnehmerkarten Barack und Geschäftsstelle Sadowastraße 60.

100 Kilometer in der Sport-Arena

Im Rahmen der zweiten diesjährigen Großerveranstaltung in der Breslauer Sportarena, die am kommenden Sonntag, den 22. Januar als Hauptereignis ein 100 Kilometer-Rauschfahrts-Rennen bringt, findet im Vorprogramm ein großer Hahnenkampf der besten Sprinter des nachfolgenden Rennfahrtsrennens statt. Für diesen Hahnenkampf sind der junge Belgier Kaers, der schnelle Holländer Jan van Kampen, Berlins bester Sprinter Eimer und der juchtschnelle Breslauer Rieger auszuwählen. Man darf hier hochinteressante Kämpfe erwarten. Für das Räder-Vereinamtsfahren der Amateure werden bereits am Sonntag vormittag Vorkämpfe stattfinden müssen, da die Meldungen hierzu überaus zahlreich eingegangen sind.

Ein Doktor erwischt den Nadelstichtest

Wie wir vor einiger Zeit gemeldet hatten, hatte in Dörschlethen ein Bäckermeister sein Doktorregiment abgelegt und bekommen. Bei der letzten Quartalsprüfung der Bäckervereinsprüfung in Breslau gab der Obermeister, Gustav Wolf, bekannt, daß in Breslau umgekehrt ein Doktor das Bäckerhandwerk gelernt und sein Meisterregiment gemacht habe.

Wichtiges Museum der Bildenden Künste
Im Ostgängen des Obergeschosses sind zurzeit die feinsten...

Ausflüge ins Riesengebirge
Der Schlesische Verkehrsverband veranstaltet am Sonntag, dem 22. Januar...

Flug nach Eganitz
Die Deutsche Luft-Linien A. G. beschäftigt, mit einer ihrer Verkehrsleistungen...

25jähriges Jubiläum des Breslauer Eislaufvereins
Der Breslauer Eislaufverein feiert am nächsten Sonntag, den 22. Januar...

Beratungen der Verkehrsvereine
Der Verkehrsverein, Breslau 2, Gartenstraße 96, 1. Stock, Fernsprecher 52421...

Hilfliche Reiseveranstalter ins Gebirge
Wer möchte nicht gern eine Winterfahrt machen? Im Waldenburger Bergland...

Silberhochzeit
Jahrtage heute Max Kalisch, Auguststraße 146, und seine Ehefrau Anna...

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau E. B.
Wer Sonnabend, Sonntag und Montag in die Gule fahren will, melde sich...

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer
Sonntag, 20. Januar, 20 Uhr, bei Schwester: Mitgliederversammlung.

Generalversammlung des 1. Arbeiter-Anglervereins
Der 1. Arbeiter-Anglerverein Breslau E. B. hatte am 15. Januar seine diesjährige...

Amlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Rietern

Die winterliche Witterung hält sich weiterhin unverändert an. Eine intensive Störung...

Sonabend Theater-Beschreibungen

Sonabend (Operette), heute 19.30 Uhr in dem großen Saal des Opernhauses...

Lichtspiele gewerkschaftshaus ton-kino

8.30 Uhr Montags kein Kino! 8.30 Uhr
Ab Freitag zwei Spitzen-Tonfilme: „Kameradschaft“... „Das Ende von Maradu“... Am Sonntag, nachmittags 2.30 Uhr Kinder- und Jugend-Vorstellung...

Schleife, 2. Oswiger Viegehausen, 3. Brettenbachfahrt, 4. Hutgraben, 5. Steiner Kanal... Trophäen der Verein eine Mitgliederzahl von annähernd 900 aufzuweisen hat...

Fürst Seyfeld beigefest

Wilhelm der Rechte telegraphiert
Fürst Hermann Seyfeld hat, wie man berichtete und wie es seiner Persönlichkeit entsprach...

WERTHEIM

- Breslau Tauentzienplatz
Billige Lebensmittel!
Soweit Vorrat! Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.
Frisches Fleisch, Wurstwaren, Kolonialwaren, Käse, Fette...

- Molkereibutter 0.99, Wild, Geflügel, Ränderwaren, Obst, Konserven...

- Kartoffeln, Bohnen, Karotten, Mören, Kürbisse, Kürbiskerne, Kürbis...

Sozialdemokratische Partei

Abteilungsführer, Bezirksführer!
Zu der heute stattfindenden Demonstration sind alle Abteilungen, Bezirks- und Stammläden mitzubringen...

Gewerkschaften Jüngerer Stadt, Donnerstag 18 Uhr bei Schenkelmühl, Neumarkt...

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten
Heute 18.45 Uhr alles antreten am Steilberg der Jungen Front...

Sozialistische Arbeiterjugend
Heute 18.45 Uhr treten alle Mitglieder zur Demonstration am Waldhof...

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Schüler
Morgen treffen sich die Genossen der jüngeren Gruppe um 17 Uhr im Heim...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreundinnen Breslau
Abteilung 2. Heute um 18 Uhr in der Wende nachmittags für Rot- und Jungfrauen...

Abteilung 8 (Hempel-Blockstraße), Freitag neben Rot- und Jungfrauen...

Abteilung 12 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 13 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 14 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 15 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 16 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 17 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 18 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 19 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 20 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 21 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 22 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 23 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 24 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 25 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Abteilung 26 (Hauptbahnhof), Freitag, 20. Januar, 18.45 Uhr an der Constanthof...

Schnelles Erwachen

Sechs Tage in der SPD.

genüßten um von ihr geheilt zu sein

Zu Beginn der vorigen Woche berichtete die Kommunistenpresse in großer Aufmachung den Uebertritt der Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes im Plauen (Vogtland) Albert Machler und Arno Richter in die kommunistische Partei. Beide waren bis zum Uebertritt politisch in der SPD organisiert. Beide waren Betriebsratsvorsitzende städtischer Verwaltungen. Die SPD-Presse veröffentlichte eine mit dem Namen der beiden Gewerkschafter unterzeichnete Erklärung. Darin hieß es, der sozialistische Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Interessen der Arbeiterklasse sei die Veranlassung zu dem Uebertritt gewesen; nur die SPD schaffe durch ihre revolutionäre Politik die Einheit der Arbeiter im Betrieb.

Die Freude der SPD und KPD über ihre neuen Mitglieder war nur von kurzer Dauer. Wenige Tage nach dem Uebertritt haben die Parteiführer in der Generalversammlung des Gesamtverbandes wieder ihren Austritt aus der SPD erklärt. Die mit ihrem Namen unterzeichnete Erklärung, die von der kommunistischen Presse veröffentlicht worden war, kam nicht von ihnen und ist auch nicht von ihnen unterzeichnet worden.

Bei dem Uebertritt zur SPD war Machler und Richter von den Parteiführern Jante und Milbenstreit ehrenwörtlich versichert worden, daß sie jede Spaltungsarbeit gegen die Kultur- und Wirtschaftsorganisation der Arbeiter ablehnen können. Die Partei habe sich in diesen Fragen umgestellt. Es liege ein neuer Beschluß des „ZK“ vor. Aber schon wenige Tage darauf verlangte man von ihnen das Gegenteil. Sie wurden beauftragt, bei der bevorstehenden Vorstandswahl der Ortsverwaltung Plauen eine Oppositionsliste aufzustellen. Beide lehnte das ab, und in der Generalversammlung am Ende der vorigen Woche erklärten Machler und Richter, sie wollten das Vertrauen, das ihnen die Kollegen im Betrieb geschenkt haben, nicht enttäuschen, und aus diesem Grunde hätten sie die Konsequenzen gezogen. Sie müßten sich selbst verachten, wenn sie zu willkürlichen Werkzeugen und Laternen der SPD herabstufen würden.

Nur ein paar Tage Zugehörigkeit zur SPD genüßten also, um Arbeiter, denen es mit der Einheit der Arbeiterbewegung ernst war, wieder aus der SPD zu vertreiben. Diese Arbeiter haben sehr schnell die kommunistische Partei in ihrer Sprache kennen gelernt. Ihre Erfahrungen mit der SPD und KPD haben ihnen gezeigt, von den Reden der Kommunisten aus etwas für die Einheit der Arbeiterbewegung zu tun, als hoffnungslos erweisen zu lassen.

Ein neuer Beweis, daß die Arbeitereinheit nie von den Kommunisten geschaffen werden kann; denn die Kommunisten haben die Beschlüsse Mostaus auszuführen, und Mostau will keine Verständigung mit der frei organisierten Arbeiterklasse. Zurzeit ganz und gar nicht. Und warum nicht? Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlicht in der jüngsten Nummer der „Gewerkschaftszeitung“, des Organs des ADGB, ein guter Kenner der internen Gründe kommunistischer Politik einen interessanten Beitrag. Sein Gedankengang ist folgender:

Die Dauer der Krise wird auch für das Sowjetreich verhängnisvoll. Die Preise für Rohmaterial und Agrarprodukte, die Rußland vorwiegend für industrielle Erzeugnisse in Austausch geben konnte, stürzten und erreichten einen nie erlebten Tiefstand. Mit diesem Abbruch hielten die Preisentfaltungen für industrielle Erzeugnisse nicht gleichen Schritt. Rußland mußte für die gleiche Menge solcher Produkte eine unvergleichlich größere Menge seiner Ausfuhrprodukte in Tausch geben. Seine Faktura sank sturzartig mit dem Weltmarktpreis. Es liegt im eigenen Interesse Rußlands, der Wirtschaftskrise möglichst schnell Herr zu werden und die Gesamtmaschinerie in Bewegung zu setzen. Es will daher keine entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital, sondern Verständigung mit ihm und schnelle Wiederherstellung des gestörten Güterausstausches. Daher die Hilfsleistung der SPD und KPD für Sozialisten und Kapitalisten, und Kampfstellung gegen den wirklichen Feind des Kapitalismus, die freiorganisierte Arbeiterbewegung durch taktische Manöver, Streikmache und gehässige Heße. Die KPD-Taktik entspringt einer bestimmten Perspektive. Sowjetrußland sucht in seinem Interesse Verständigung mit den Kapitalisten, und deshalb fördert es die Befämpfung der Gewerkschaften.

Abschluß der Generaldebatte um die Vierzigstundentwoche

Genf, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Abschluß der Generaldebatte der Konferenz für die Vorbereitung der Vierzigstunden-Arbeitswoche gestaltete sich nochmals zu einem großen Ringen um die Grundfragen des Problems.

Scharf lehnten Forbes-Maxon-England und Pfeffer-Deutschland für die Unternehmung jede Arbeitszeitverkürzung ab. Von den Regierungen sprachen die Vertreter Kanadas und Sibiriens für die Reform. Beschlüsse über die Arbeitszeitverkürzung erklärte, daß sich seine Regierung nicht in der Schlinge der Unternehmung hängen ließe. Die Regierungen müßten nach allen brauchbaren Mitteln greifen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Für Deutschland betonte Dr. Stiller vor allem zur Lohnfrage, daß eine Beschränkung der Lohnhöhe bei Betrieben mit jetzt noch mehr als Vierzigstunden-Arbeitszeit zu unmittelbaren Konkurrenzverhältnissen führen müsse. Eine allgemeine Lohnsenkung, also auch in Betrieben mit jetzt schon 40 oder weniger Arbeitsstunden habe schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegen sich. Auch sei bisher kein Weg gezeigt worden, wie man die Anpassung zur Vollerbeschäftigung international durchführen könne. Die deutsche Regierung könne sich daher nicht entschließen, ohne genaue Einzelstellungen über die Durchführung und Tragweite einer allgemeinen Verpflichtung zur Lohnsenkung zuzustimmen. Drei Arbeitervertreter traten den Unternehmern nochmals entgegen. Dann beendete der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler die Debatte mit einem langen Schlußwort.

Niemand habe mehr behauptet, so führte Butler aus, daß die Arbeitszeitverkürzung allein ein Heilmittel für die Krise sei.

Aber ein Mittel sei sie. Man könne nicht auf die Weltwirtschaftskonferenz allein warten, denn alle Schwierigkeiten könne sie nicht auf einmal beseitigen. Dazu käme die technologische Arbeitslosigkeit. Wenn selbst also bald normale Verhältnisse eintreten würden, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt. Sie werde im größeren Maße nach der Krise fortbestehen als vorher. Eine Gesellschaft dürfe nicht dulden, daß es Millionen von Menschen gebe, die dauernd aus der Produktion ausgeschaltet seien. Die Gruppe der wirtschaftlichen Schwierigkeiten könne nicht durch die Meinungsverschiedenheiten der Wirtschaftsexperten beseitigt, sondern nur durch die Praxis gelöst werden. Im Mittelpunkt stehe die Kaufkraft. Werde sie nicht erhalten, dann sei jede Besserung ausgeschlossen. Verständlich sei der Einwand, das Abkommen müsse unbedingt international sein. Aber die Produktion für den Binnenmarkt überwiege überall. Wollte die Konferenz die Schwierigkeiten überwinden oder nicht, das sei die wichtigste Frage. Die Welt werde es viel ungünstiger aufnehmen, wenn nicht wenigstens der Versuch gemacht werde. Deshalb müßte mit gutem Willen an die Einzelarbeit gegangen werden, wogu die Entschleunigungen der Regierungen die geeignete Grundlage biete.

Genf, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Konferenzvertreter auf der Vierzigstunden-Konferenz in Genf haben ihre Entschleunigung nunmehr fertiggestellt. Die von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Chile unterzeichnete Entschleunigung hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz ist nach Kenntnisnahme der verschiedenen für und gegen eine Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Gründe der Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie beschließt daher, in eine Prüfung der Einzelfragen entsprechend Ziffer 2 des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programms einzutreten, mit dem Ziele, eine internationale Abmachung zustandzubringen, deren Durchführung so zu gestalten ist, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter ermöglicht wird.“

Heute Abstimmung

Genf, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Konferenz zur Vorbereitung der Vierzigstundentatswoche konnte am Mittwoch noch nicht zu einer Entscheidung über die ihr vorliegenden Entschleunigungsentwürfe kommen. Nach langen, teilweise sehr scharfen Aus-

einanderlegungen, in denen die Arbeiter durch Benin-England und Joubert-Frankreich ihre Entschleunigung ablehnten, während die Unternehmer beide Entschleunigungen ablehnten, wurden die Ausprüche und die Abstimmungen auf Donnerstag verschoben.

Amerikanischer Gewerkschaftsbund und Internationale Arbeitsorganisation

Auf dem vor kurzem beendeten Jahreskongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes sind unter anderem auch zwei Entschleunigungen beraten worden, die sich unmittelbar auf die Internationale Arbeitsorganisation beziehen. Die erste betrifft die Teilnahme Amerikas an der vorbereitenden Arbeitszeitkonferenz. Sie wurde mit dem Vorbehalt angenommen, daß diese Teilnahme weder einen Präzedenzfall schaffen, noch die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den allgemeinen Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation verpflichten soll. Inzwischen konnte der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes bereits mitteilen, daß sich die Vereinigten Staaten von Amerika auf der erwähnten Konferenz durch ihren Generalkonsul, der als Beobachter anwesend ist, vertreten lassen.

Die zweite Entschleunigung betrifft die Ernennung eines ständigen Vertreters der Vereinigten Staaten beim Internationalen Arbeitsamt. Diese Entschleunigung ist dem Vorstand überwiegen worden.

Streikerfolg in der Berliner Fischmarinierfabrik

Der Streik bei der Berliner Fischmarinierfabrik A. Mortensen ist mit einem Erfolg der Belegschaft abgeschlossen worden. Die Firma hatte einen Lohnabbau um 4 Pfennig verlangt. Der Schiedspruch, der von beiden Seiten angenommen wurde, läßt die Löhne der Arbeiterinnen, die weniger als drei Monate im Betrieb sind, unverändert und kürzt die Löhne der übrigen Arbeiterinnen nur um 1 Pfennig.

Die rasche Annahme des Schiedspruchs durch die Firma ist ein Beweis dafür, daß ihre Stilllegungsdrohung unter Hinweis auf die Konturrenz der Fischmarinierbetriebe an der Küste nur ein Scheuchhündchen war.

Das Personal, das fast nur aus Arbeiterinnen besteht, ist im Gesamtverband gut organisiert. Die KPD, die sich in die Bewegung einzumischen versuchte, fiel bei der Belegschaft glatt ab.

Noch eine KPD-Beute in Halle

Halle, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der vernichtenden Niederlage der KPD bei den Betriebsratswahlen in den städtischen Betrieben folgte ein zweiter Schlag bei der Ortsverwaltungswahl der Filiale Halle des Zimmereerverbandes. Während bisher noch drei linientreue KPD-Beute dem Vorstand angehörten, wurde jetzt mit großer Mehrheit ein völlig kommunistischer Vorstand gewählt.

Für die Reichshohlglasindustrie wurde in Dresden über die Urlaubsvorgabe verhandelt. Der Schiedsverband Deutscher Glasfabriken forderte die restlose Befreiung des Urlaubs für 1933. Die Gewerkschaften wiesen dieses Ansuchen scharf zurück. Daraufhin machten die Arbeitgeber den Vorschlag, zwei Drittel des tarifmäßigen Urlaubs festzusetzen. Ueber diesen Vorschlag wird jetzt die große Verhandlungskommission beraten.

Schlesischer Landbundesgenossen Ostland

Großgrundbesitzer auf dem Kriegspfad gegen die Slawen und die deutsche Reichsregierung

Wieder einmal ließ getztern der Schlesische Landbund die Scharen seiner Unentwegten im Breslauer Konzerthaus zur „entscheidenden Tagung“ aufmarschieren. Vor dem Konzerthaus, das bei diesen Anlässen übliche Bild: Eine lange Reihe bestgesetzter, „schrittlicher“ Kraftwagen, denen die „notleidenden“ Großagrarien in schweren Felzen entstieg, während die kleinen Stellenbesitzer aus der ländlichen Umgebung Breslaus, denen noch immer nicht aufzugaangen ist, daß die Ubraten der Feudalbauern ihnen keine Besserung ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage bringen kann, zu Fuß vom Bahnhof nach der Gartenstraße stampfen. Doch es waren ihrer nicht so viele, daß sie den großen und kleinen Saal, in diesem wurde eine Parallel-Verammlung abgehalten, hätten füllen können. Für die planmäßige Ueberfüllung der Säle, die zu Beginn zu versetzen war, hatten zum großen Teile die Breslauer Nazis gesorgt, welche die Gelegenheit wahrnehmen wollten, einmal mit viel Lärm und Händeklatschen den Nazi-Präsidenten des Reichslandbundes, Willikens, der als Hauptredner auftrat, zu huldigen.

Dieser Herr Willikens hat dann auch dafür gesorgt, daß sich die Tagung kaum von einer Exaltationsversammlung der Nazi-Partei unterscheidet. Er hielt eine große, fast zweistündige Rede, die von patriotischen Phrasen und Berührungspunkten anderer Berufsstände nur so wimmelte, aber auch bewies, daß unter den sogenannten „nationalen“ Gruppen ein mörderischer Krieg um die Macht ausgebrochen ist. Er sprach in seinen einleitenden Ausführungen den beiden Regierungen von Popen und von Schleicher (hört, hört) den „nationalen“ Charakter ab. Nur der sei nämlich „national“, der die Forderungen der Bauernschaft erfülle, wobei der Redner keinen Zweifel darüber ließ, wen er mit „Bauernschaft“ meint, er definierte diesen Begriff dahin recht weitgehend damit, daß das Wort „Bauer“ nichts mit Besitzgröße zu tun habe. Im übrigen war diese Rede zum größten Teil ein höchst ergötzliches Kollage über die „schrecklichen Sünden“ des Liberalismus. Willikens möchte wohl eingeleben haben, daß er manche Freunde verlieren könne, wenn er die Herren v. Popen und Schleicher zu hart angriffe, weshalb er sich nun abmühte, auch noch den „kleineren Grund“ für die „Not“ der Großagrarien zu erschaffen. Zu diesem Zwecke griff er tief in den „Born der Geschichte“ und lagte den „liberalistischen Geist“ des deutschen Volkes, des Verbrechens an, durch den Ausbau Deutschlands zum „Großmacht“-Land, die Grundlagen für ein „Gedanken“ der deutschen Bauernschaft zerstört zu haben. Mit dem „Bauernlegen“ habe diese „liberalistische Sünde“ begonnen, dieser während der Stein-Hardenbergischen Epoche geübten Methode, kleine Bauernwirtschaften zu Verschlingung zu treiben, um sie dann für billiges Geld anzukaufen zu können. Tausende schicksaliger Bauernwirtschaften gingen damals zugrunde, ihr Grund und Boden aber kam als Besitzgröße in den Händen der Großagrarien wieder zum Vorschein. Diese Tatsache hat den Nazi-Mann Willikens, der sich übrigens nicht genug tun konnte, die

„Verpflichtung von Blut und Boden“ zu betonen, zu folgender tollen These verführt: „Der Großgrund-

besitz ist an dem „Bauernlegen“ ganz und gar schuldlos; ja, er hat eine wahrhaft nationale Großtat begangen, indem er den vom „Liberalismus“ vernichteten bäuerlichen Kleinbesitz in seinen Gütern auffing.

Selbstverständlich wurde auch wieder das alte Lied von der „Autarkie“ angestimmt, jenes Lied, das der deutschen Wirtschaft nun so teuer zu stehen kam. Die nächste „Offenbarung“ des Redners war seine Stellungnahme

zur Siedlungsfrage.

Nun, er war auch hierin außerordentlich offen, und machte aus seiner Ablehnung der „Siedlung im gegenwärtigen Zeitpunkt“ kein Hehl. Um nun aber bei der Behandlung dieser Frage auch den „militärpolitischen Gesichtspunkten“ seiner Kollegen im Landbund gerecht zu werden, schlug er eine Siedlung „hinter den Grenzen“ vor. Der deutsche Siedlungsboden reiche nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Folglich müsse „im Osten neues Land bezuggenommen werden; allerdings ohne liberale Schwäche gegenüber den sogenannten Menschenrechten der slawischen Bewohner“. Krieg und Annektion, neues Völkermorden, das sind die Kräfte, in denen sich diese Herren, die eine halbe Welt vier Jahre verbluten ließen, bereits wieder wiegen.

In ähnlichen Tönen bewogen sich die Ausführungen des schlesischen Landbundesvorsitzenden von Kahr-Mann, der es auch wieder einmal für an der Zeit hielt, einige Steine auf die alte Preußenregierung zu werfen. Zum Schluß wurde eine bombastische

Entschleunigung

angenommen, in der alle Welt angeklagt wird, daß sie vierzehn Jahre lang die Landwirtschaft verelenden ließ.

Das feierliche, aber nicht eingelöste Versprechen der Einfuhrkontingente auf dem Gebiet der Beredelungswirtschaft, heißt es in diesem Dokument bezugsständigen Größenwahn und maßloser Annahmung, das gleichfalls immer noch nicht eingelöste Versprechen der Arbeitsbeschaffung, der Plan eines riesigen Siedlungswerts auf der Grundlage der Enteignung der Gläubiger hinter der ersten Hypothek, zeigen angeht des Ausschleibens jeder praktischen Hilfe für den alleingelassenen Bauern den Alt- oder Neubeziedler, den Mangel an Verständnis und Unerlöslichkeit der derzeitigen Reichsregierung für die Lage der schlesischen Bauernwirtschaft. Unser Vertrauen ist zertrübt, unsere Gebuld zu Ende, die Verzweiflung ist da! Der Verzweiflungskampf beginnt. Drohungen des Reichsregierers wirken nicht mehr.

Wir fordern, so bejagt diese Entschleunigung weiter, den sofortigen Schritt von der Restlosigkeit zur Tat, die Abkehr von weltwirtschaftlichen Großmanöver zu nationalwirtschaftlicher Genügsamkeit, die Wiederherbelebung (!) deutschen Lebensbedarfs, soweit deutscher Boden und deutsche Arbeitstraff ihn in Deutschland herstellen können.

Dem Reichslandbund wurde außerdem noch ein Treue-Telegramm übersandt, das „schlechte“ die Belegschaft „bis zum bitteren Ende“ verpflichtet. Die wohlgenährte Stimme des Herrn Major a. D. von H. L., der beide Schriftstücke verlas, hinterließ allerdings keinen nachhaltigen Eindruck von „bitterem Ende“ bei außer Rand und Band geratenen schlesischen Großgrundbesitzer.

Schauspieler in Not

Nazis als „Förderer“ des Theaters — Die Vermittlungstätigkeit des Bühnennachweises Kunst geht nach trockenem Brot

Vor dem Bühnenschiedsgericht Berlin fand eine für die geistige Theaterwelt der Zeit recht bezeichnende Verhandlung statt. Der Schauspieler Erich Ernst Berg hatte den Intendanten des Thüringischen Landestheaters in Gotha verklagt, weil dieser ihn trotz wiederholter mündlicher Zusicherungen für die Spielzeit 1932/33 auf Grund eines nationalsozialistischen Druckes nicht verpflichtet hatte. Das Bühnenschiedsgericht gab vor einigen Monaten dem Intendanten recht; ebenso, aus rein juristischen Gründen, am Dienstag das unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindner tagende Bühnenschiedsgericht. Das Gericht hielt es für bewiesen, daß nur eine dem Kläger gegebene schriftliche Engagementzusicherung für das Theater bindend gewesen wäre.

Die juristische Situation lag hier verhältnismäßig einfach, das Gericht konnte wohl kaum anders erkennen. Immerhin werfen die Dinge, die in der offiziellen Verhandlung Berg kontra Stridrodts vor Verhandlung kamen, ein bezeichnendes Licht auf die Lotengraberarbeit, die die Nationalsozialisten überall dort, wo sie einen maßgeblichen Einfluß haben, an der Kultur vollbringen. Der Schauspieler Erich Ernst Berg war bereits seit zwei Spielzeiten mit gutem Erfolg als jugendlicher Held am Gothaer Theater tätig. Sein Intendant hatte ihm wiederholt zu verstehen gegeben, daß er ihn auch für die Spielzeit 1932/33 zu verpflichten gedenke. Aber eines Tages kam es in Gotha bei der Aufführung des Stückes „Juwelenraub am Kurfürstendamme“ zu einem von den Nationalsozialisten provozierten Theater-Skandal. Die Nazis forderten den Kopf des „Juden“ Berg. Der bedrängte Künstler schrieb in seiner Not an den Vorstehenden der Gothaer Nazis auf Anraten des Intendanten einen nicht eben sehr nützlichen Brief, in dem er erklärte, daß seine Mutter Katholikin sei, er also nur Halbjuden sei. Aber die Nazis ließen sich nicht durch diese Erklärung im mindesten erschrecken. Sie wollten ihr Opfer haben. Und Stridrodts gab nach — ganz offensichtlich aus Furcht vor dem nationalsozialistischen Druck. Einem andern jüdischen, gleichfalls nicht neuverpflichteten Schauspieler, der bereits eine schriftliche Engagementzusicherung in Händen hatte und juristisch somit in einer glücklicheren Lage war als Berg, mußte er eine ziemlich hohe Entschädigung zahlen.

Der Vorsitzende des Bühnenschiedsgerichts leitete seine rein juristische Urteilsbegründung mit den Worten ein: „Wir haben nicht die Aufgabe, in die Hintergründe dieses Falles einzudringen; wir haben nicht zu entscheiden, ob hier in Gotha die Worte des Hans Sachs: Hier traut sich's um die Kunst allein — verächtlich worden sind.“ Es ist aber ganz gut, daß durch den Verlauf dieser Verhandlung der mit der Hofenkreuzsöhne dramatisierte politische Hintergrund eines großen Teils des deutschen Theaterlebens einmal bloßgelegt worden ist. Der Schauspieler Erich Ernst Berg will gemeinsam mit anderen benachteiligten Kollegen feststellen haben, daß 39 deutsche Theater ihre Engagement-Entscheidungen auf Grund des nationalsozialistischen Druckes nach rassistischen Gesichtspunkten treffen. Diese Ziffer

läßt sich natürlich schwer nachprüfen. Aber jedenfalls lassen sich noch aus zahlreichen Städten Deutschlands viele Fälle nationalsozialistischer „Theaterpolitik“ beibringen — Fälle, die z. T. noch weit trauriger liegen als der des Schauspielers Erich Ernst Berg; von der wegen ihrer jüdischen Abstammung nicht wieder engagierten Souffleuse ganz zu schweigen...

Der Deutsche Bühnennachweis in Berlin gibt die Zahl sämtlicher in Deutschland lebender engagementsloser Schauspieler mit 10.000 an. Im Engagement befinden sich nach seiner Berechnung 7.000 Schauspieler. Für die Saison 1932/33 wurden nach seiner Statistik (Stichtag 31. Dezember 1932) 4.350 Vakanzstellen. Im einzelnen sind 1.050 Saisonverträge, 347 Wiederengagements, 813 Filmverträge, 590 Ensembleverträge und 1.550 Einzelverträge im In- und Ausland vereinbart worden. Etwa 8-10.000 Schauspieler wurden in den Räumen des Bühnennachweises in Berlin dort anwesenden Theaterleitern persönlich vorgestellt. Die Disponenten waren im Jahre 1932 an 191 Tagen auf Reisen und haben sich 2966 Mitglieder mit der Absicht der Prüfung ihrer Begabung auf den Bühnen angesehen.

Der Bühnennachweis hat ferner eine Statistik der Einnahmen seiner Mitglieder aufgestellt. Nach dieser Berechnung verdienen 34 Prozent seiner Mitglieder monatlich weniger als 250 Mark (durchschnittlich 185 Mark), 18 Prozent etwa 250 bis 300 Mark, der Rest erhält höhere Beträge. Diese Zahlen sprechen eine um so deutlichere Sprache, als die Schauspieler zumeist für die in modernen Stücken gebrauchte Gesellschafts- und Kostümbildung selbst aufzukommen haben; daß sie einen ziemlich hohen Betrag für Körperpflege usw. in Rechnung stellen müssen und daß es nur noch wenige Theater mit mehr als achtmonatiger Spielzeit gibt.

Die Schlichtung auf dem Berliner Theaterkriegsschauplatz geht weiter. Außer der künstlerisch und finanziell gestützten Volksbühne machen so ziemlich alle Theater. Das Schicksal des repräsentativen Deutschen Theaters liegt noch immer in Duisbergs U.G. Farben-Händen. Die Rotter-Altkon ist eingetroffen; die Banken geben keine Kredite mehr. Das den Rotter-Bühnen angehängte Große Schauspielhaus zahlt den verpflichteten Künstlern die fälligen Gehälter; hingegen sind im Theater des Westens, trotzdem die Schweiß-Aufführungen mit Max Wallenberg in der Hauptrolle einen großen Erfolg darstellten, die fälligen Monatsgehältern ausbleiben. Die Schauspieler haben ein Ultimatum gestellt. Im „Rotter-Theater am Kollendörpplaz“ soll Leo Falls „Geschiedene Frau“ zur Aufführung kommen; weil aber wegen fehlender Reaktion des Volkspräsidiums keine Konzession geben will, kommt allem Anschein nach das Stück schon vorher zu Fall.

4000 Grippe-Kinder

In der Stadt Braunschweig sind 80 Lehrer und 4000 Schulkinder an der Grippe erkrankt, mehrere Schulen mußten geschlossen werden. Auch in den Geschäften und Büros macht sich die Epidemie stark bemerkbar, es fehlen bis zu 40 Prozent des Personals. Die Krankentassen können den Andrang der Krankmeldungen kaum bewältigen. In einer Reihe von Fällen verlief die Krankheit tödlich.

Morphium als Kinderpielzeug

Beamte des Dezernats zur Bekämpfung des „Rauschgift-handels“ der Berliner Kriminalpolizei verhafteten den Kaufmann Alfons Barnasch, der 10.000 Ampullen Morphin in den Handel bringen wollte. Die Ware stammt noch aus Weltkriegs-Heeresbeständen. Der gleichfalls festgenommene Spediteur, in dessen Auftrag Barnasch die Ware an den Mann zu bringen versuchte, erklärt, daß das Morphin vor etwa zehn Jahren von einem unbekanntem Mann bei ihm untergestellt, dann aber nicht mehr abgeholt worden sei. Jahrelang will der Spediteur von dem Inhalt der Kiste nichts gewußt haben, bis er eines Tages darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß Kinder auf dem Hofe des Speditionsgeschäftes mit Morphinampullen spielten. Sie stammten, wie sich dann herausstellte, aus jener geheimnisvollen Kiste.

Brand auf Schloß Neudorf

Nicht unerheblicher Schaden ist durch einen Brand auf Schloß Neudorf, das bekanntlich dem Reichspräsidenten von Hindenburg gehört, entstanden. Infolge des starken Frostes waren im Schloß die Wasserleitungsrohre eingefroren. Bei den Aufräumarbeiten mit der Lötlampe muß unbemerkt die Torfschichtung zu schmelzen begonnen haben. Die Glut wurde erst viele Stunden später bemerkt, als sie bereits den Dachstuhl, der mit wertvollem Pfannenmaterial gedeckt ist, ergriffen hatte. Dem Eingreifen der benachbarten Feuerwehren gelang es bald, die weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern.

Dummel-Revision

Staatsanwalt und Verteidiger haben gegen das vom Freiburger Gericht gegen den Schwindler Karl Ignaz Hummel alias Draubmann gefällte Urteil (2 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust) Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Erdbeben in Jugoslawien

Wie der Vester Lloyd aus Belgrad erfährt, verzeichnete früh die dortige Erdbebenwarte ein starkes Beben, dessen Zentrum 115 Kilometer südwestlich von Belgrad liegt. In der Bevölkerung entstand eine Panik. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

Die Trümmer

des Flugzeuges Döllners gefunden?

In Luzerne (Departement Vonne) war das Gerücht verbreitet, daß man in einem Wäldchen bei Luzerne die Trümmer des Flugzeuges des seit dem 7. Januar vermißten englischen Fliegers Bert Döllner entdeckt habe. Die sofort angestellten Nachforschungen führten gestern zu keinem Ergebnis. Sie werden am heutigen Donnerstag fortgesetzt. Das Flugzeug Döllners soll tatsächlich am 7. Januar in den ersten Morgenstunden über verschiedenen Dörfern des Departements Vonne gesichtet worden sein.

Singerichtet

Am Mittwoch morgen wurden im Hofe des Gerichtsgefängnisses Wetzlar die beiden Mörder des geistlichen Professors Maklowski durch den Strang hingerichtet.

Singer-Filliale in Tokio demoliert

Die Filiale der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft in Tokio war gestern der Schaulustigster Ausbreitung. Um die Zeit, als das ausländische Personal sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Japaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Register zerstörten. Die Polizei, die den Schaden nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen zurückgeführt.

Starke Schneefälle in Oberitalien

Aus ganz Oberitalien werden in den letzten Tagen starke Schneefälle gemeldet. In den Provinzen Varese und Bergamo liegt bis zu einem halben Meter Schnee. In Mailand und in Turin sind die Straßen bis zu 15 Zentimeter eingeschneit.

Gelehrtentragödie

Tragischer Freitod des Psychologen Werner Schulte.

Der bekannte Psychologe und Privatdozent Dr. med. Robert Werner Schulte hat sich in seinem Laboratorium Berlin-Spandau mit Gas und Beronal vergiftet. Er schleppte sein Bett in das an seine vierzimmerige Wohnung anschließende Laboratorium und stellte es dort unter zwei großen Gasbälgen auf, die er öffnete. Nach wenigen Stunden gelangten die ausströmenden Gase zusammen mit dem Inhalt von zwei Chemikalienkästen, die mit einem Zeitzunder verbunden waren, zur Explosion. Es entstand beträchtlicher Sachschaden. Die mit mehreren Fugen und Rettungswagen anrückende Feuerwehr fand den Gelehrten sterbend auf. An der Tür hatte Dr. Schulte einen Zettel mit der Aufschrift „Vorsicht, Gas!“ angebracht. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß zwar der Freitod, aber nicht die Explosion von Dr. Schulte beabsichtigt war.

Dr. Schulte, der bereits als achtzehnjähriger von der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig mit einem Preis ausgezeichnet worden war, wirkte nach Abschluß seiner medizinischen Studien praktisch als Psychologe — insbesondere als Reklamesachmann —, als Psychotechniker und Sozialhygieniker. Vor ungefähr acht Jahren gründete er an der Berliner Humboldt-Hochschule die Abteilung für Psychotechnik, Sport und Lebenskultur; bald darauf ernannte ihn das psychologische Institut der preussischen Hochschule für Leibesübungen zu seinem Leiter. Die an beiden Stellen ausgeübte umfangreiche Lehrtätigkeit ließ ihm noch Zeit zur Niederschrift zahlreicher psychologisch-psychologischer Bücher und Aufsätze, zur Abfassung von Filmmanuskripten, zu Vortragsreisen und zur Herausgabe der Zeitschrift „Psychologie und Medizin“. Seiner Vielseitigkeit entsprach seine wissenschaftliche Gründlichkeit.

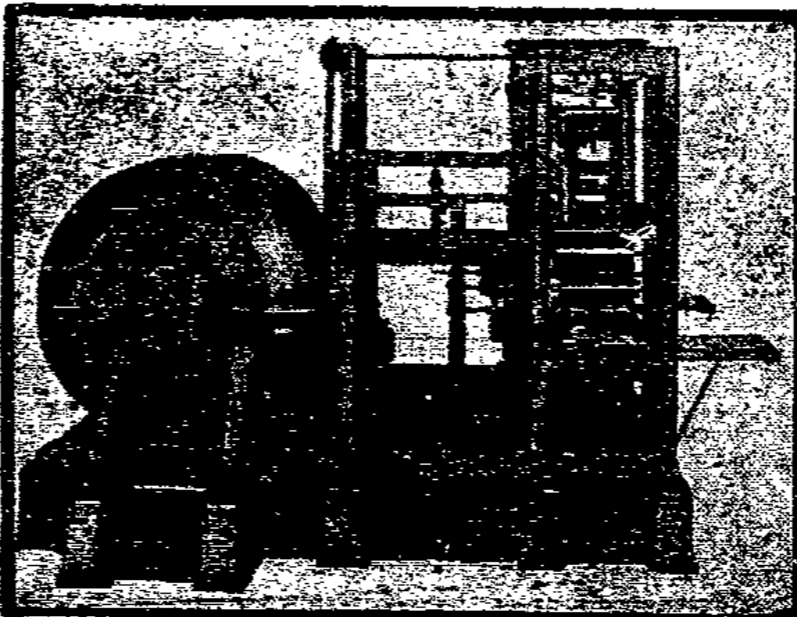
Vor einigen Jahren wollte Dr. Schulte zusammen mit dem österreichischen Botaniker Dr. Stammer zu einer Flugexpedition nach Innerafrika starten. Dr. Schulte stellte seine gesamten, ziemlich beträchtlichen Ersparnisse in das Unternehmen; unter anderem kaufte er eine Flugmaschine. Kurz vor dem endgültigen Start entzweiten sich jedoch die beiden Forscher: Wästelich zog Dr. Stammer allein ab. Dieser Abbruch löste in Schulte starke Gemütsdepressionen aus. Sein Zustand wurde von Tag zu Tag hysterischer, seine Leistung entsprechend unzuverlässig, so daß ihm die Humboldt-Hochschule das Direktoratium der psychotechnischen Sektion entziehen mußte.

Mehr und mehr zog sich Dr. Schulte immer von der Öffentlichkeit zurück. Seine Depressionszustände erwiderte wiederholt mit rechtzeitig bereiteten Selbstmordversuchen. Erst mit einer großen Liebesaffäre schien die negative Periode seines Lebens durch eine positive abgelöst zu werden. Aber die junge Frau, die er erst zwei Tage vor Schulte geheiratet hatte, verließ ihn bereits nach dreizehn Tagen, weil Dr. Schulte die Verbindung mit seiner früheren Freundin wieder angeknüpft hatte. Die hierdurch entstandene heftige Erregung, die durch beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten noch verstärkt wurde, verführte Dr. Schulte zur Flucht in den Tod. Diesmal kam ärztliche Hilfe zu spät. Ein hoffnungsloses Leben wurde vom Schicksal zerstört.

36000 Mark unterkriegen

Der Pfälzische Bauspalter Erhard Müller, aus Berlin-Steglitz wurde unter der Behauptung, aus dem Reich der Automobil-Klubs für Deutschland 36000 Mark unterkriegen zu haben, verhaftet. Müller ist gekündigt, Teilweise hat er das Geld verstreut, teilweise gemeinsam mit seiner Ehefrau in Genuß verbracht.

Vor 100 Jahren starb der Erfinder der Schnellpresse



Am 17. Januar 1833 — also vor genau 100 Jahren — starb in Oberzell bei Würzburg der Buchdrucker Friedrich König, der sich als Erbauer der ersten Schnellpresse, die wir hier im Bilde wiedergeben, einen außerordentlichen Namen gemacht hat.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Rotman



In einem verhältnismäßig kleinen Raum war in der Stadt gerade der Herr Schauspieler auf Besuch, damit er sich die Kinder gut an der Hand halten. Der Rektor war auch dabei. Natürlich war an der Reihe, Tiger, Fische, Vögel und Löwen! „Wer von euch“, fragt der Inspektor, „wer von euch hat wohl mal einen echten Löwen gesehen?“



„Nur einer der Jungen hat einen gesehen! Nun wird das Wandbild des Löwen herangezogen. Die ganze Klasse schaut aufmerksam zu. Der Herr Inspektor räuspert sich, damit er sich ein wenig bestimme. „Gut also“, sagt er dann, „Kinder, gebt ihr mal sehr gut acht!“

Chéron Finanzplan

Paris, 18. Januar. (Eig. Drahtb.)

Finanzminister Chéron hat am Dienstag nachmittag in der Kammer den Finanzplanentwurf vorgelegt und für dessen Verabschiedung das Verfahren der sofortigen Diskussion beantragt, womit sich die Finanzkommission einverstanden erklärte. Das Verfahren der sofortigen Diskussion bedeutet, daß die Regierungsvorlage in der ersten Sitzung, die auf die Veröffentlichung des Berichtes der Finanzkommission im "Journal Officiel" folgt, zur Beratung gestellt werden muß. Da die Prüfung der Vorlage durch die Kommission drei bis vier Tage dauern wird, dürfte die Beratung im Plenum am Sonntagabend oder Sonntag beginnen.

Der Finanzminister übergab am Nachmittag der Presse einen Auszug aus dem Finanzplan, in dessen Begründung Chéron feststellt, daß das von den Sachverständigen auf zehn Milliarden Francs bezifferte Defizit nur zum kleinen Teil auf die Wirtschaftskrise und in der Hauptsache auf die übertriebene Ausgabenpolitik in den letzten vier Jahren zurückzuführen sei. Es sei nicht möglich gewesen, heißt es weiter, das Defizit nur durch Einsparungen zu beschränken; die Regierung habe daher zur Deckung der Hälfte des Defizits neue Steuern schaffen müssen. Eine Anleihe sei nur zur Konsolidierung der schwebenden Schuld berechtigt. Eine derartige Konsolidierungsanleihe von etwa 15 Milliarden Francs (zirka 2 1/2 Milliarden Mark) werde nach der Ausbalancierung des Budgets aufgelegt werden.

Die wichtigsten in der Vorlage enthaltenen Sparmaßnahmen sind: einmalige Kürzung der Beamtenegehälter über 12 000 Francs um zwei bis zehn Prozent verteilt auf zwei Jahre; Verringerung der Zulagen für Zivil- und Militärbeamte in Höhe von 600 Millionen Francs; Streichung der Pensionen für wiedererheiratete Kriegervwitwen; Herabsetzung des Alters für die Auszahlung der Kriegsteilnehmerpensionen und Revision der Invalidenpensionen (zum Ausgleich dafür soll in jedem Jahr eine Staatslotterie veranstaltet werden, deren Ertrag den Kriegsteilnehmern und Invaliden zuteilt); Herabsetzung der Militärdarlehen um 888 Millionen Francs; jährliche Einsparungen bei den Ministerien in Höhe von rund 1 1/2 Milliarden.

Von den neuen Steuern sind zu erwähnen: fünfprozentige Erhöhung sämtlicher direkter Steuern, Sondersteuer auf die hohen Gehälter in der Privatindustrie; Erhöhung verschiedener Zölle (1,1 Milliarden); Schaffung einer Steuer auf Einfuhrzölle (380 Millionen); Erhöhung der Alkohol-, Benzin- und Zuckerversteuer sowie der Stempelgebühren. In einem Anhang sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation, des Steuerbetruges und der Verteuerung des Lebensunterhalts vorgesehen.

Am Dienstag hat auch die sozialistische Kammerfraktion einen Auszug aus dem von ihr ausgearbeiteten Gegenprojekt veröffentlicht, das zunächst, wie sein Hauptverfasser, Abgeordneter Vincent Auriant, dem Pariser Korrespondenten des "Soz. Pressebüros" erklärte, mit äußerster Energie vor dem Finanzausschuß der Kammer und falls dieser es ablehnt, vor dem Plenum verteidigt werden soll. In dem Entwurf spricht sich die sozialistische Fraktion gegen jede Inflation und jede Steuer aus und weist auf die Gefahren einer Deflation der Budgetausgaben hin. Sie verlangt eine grundlegende Steuerreform, die für das Finanzjahr 1934 vorbereitet werden müßte. Dem Projekt sind zwei einleitende Bestimmungen vorangestellt. Die eine fordert die Regierung zu Verhandlungen mit allen anderen Staaten über eine internationale Wiederaufrichtung des Kredits, eine Konsolidierung und Angleichung der Währungen sowie eine massvolle und allgemeine Herabsetzung der Zinssätze auf. Die zweite Bestimmung verlangt ähnliche Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen Steuer-Auskunftsdienstes, um die Kapitalflucht und den Steuerbetrug in allen Staaten zu verhindern.

Die eigentlichen Vorschläge zur Ausbalancierung des Staatshaushalts sind in sechs Kapiteln zusammengefaßt. Das erste Kapitel betrifft die Ersparnisse in den Verwaltungen im Zusammenhang mit einer Verwaltungsreform. Es sieht die Schaffung von drei Kommissionen vor, die die Vereinfachung der Verwaltung, die Beseitigung der in Frankreich sehr häufigen Doppelbeschäftigung, die Revision der Zulagen, die Kürzung der teilweise jabelhafte Summe erreichender Gehälter der hohen Staatsbeamten sowie die Revision der Rassenführung und der Statute der staatlichen Bewirtschaftungsstellen in die Wege leiten sollen. Die dabei erzielten Ersparnisse sollen dem Parlament im Laufe der nächsten fünf Monate zur Ratifizierung unterbreitet werden. Das zweite Kapitel enthält den interessanten Vorschlag der sozialistischen Fraktion. Es sieht vor, daß der autonomen Tilgungskasse die Regelung aller aus den Kriegen herrührender Lasten, wie Kriegsschulden und Pensionen, übertragen werden. Zu diesem Zweck sollen der Tilgungskasse außer einem im Budget festgesetzten Jahresbetrag verschiedene besondere Mittel zugeführt werden, so unter anderem durch Ersparnisse bei den Militärausgaben. Kapitel drei sieht die Deckung aller Ausgaben für die Sozialversicherung durch die Gewinne vor, die sich aus einer Verstaatlichung der privaten Versicherungsgesellschaften ergeben würden. Die bestehenden Versicherungsgesellschaften sollen allmählich fusioniert werden und die Aktionäre sollen an Stelle der Aktien Staatsanleihen erhalten, die in 75 Jahren zu tilgen sind und zu den durchschnittlichen Dividenden der letzten fünf Jahre zu verzinsen sind. Das Kapitel vier enthält den Arbeitsbeschaffungsplan, den die sozialistische Fraktion bereits vor einiger Zeit in der Kammer eingebracht hat. Er sieht öffentliche Arbeiten in Höhe von 30 Milliarden Francs vor, die in fünf Jahren durchgeführt werden sollen. Kapitel fünf verlangt eine Revision, aber keine Erhöhung der Steuern in dem Sinne, daß alle Franzosen vor der Steuer gleiche Rechte und Pflichten haben. Das letzte Kapitel sieht Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsanleihe vor, die zur Deckung der Fehlbeträge in den letzten Budgets ausgegeben worden sind. Ferner das Verbot der Bewilligung von Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen und endlich Maßnahmen zum Schutz der Sparer und zur Kontrolle der Banken.

Der Vertrag der in dem Gegenprojekt enthaltenen Maßnahmen ist den Sachverständigen auf 9,1 Milliarden Francs geschätzt worden.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch den Text ihres Gegenentwurfes zur Sanierung der Staatsfinanzen endgültig gebilligt und beschlossen, ihn der Finanzkommission zu unterbreiten.

Die Finanzkommission hat vormittags mit der Prüfung der Regierungsvorlage begonnen. Nach einer eingehenden Analyse der Vorlage durch den Generalberichterstatter kritisierten mehrere Kommissionsmitglieder verschiedene Artikel, vor allem die nachmalige Herabsetzung der Militärausgabe, die Staatslotterie zugunsten der Kriegsteilnehmer usw. Ein Abgeordneter der radikalen Linken verlangte vor jeder Kürzung der Beamtenegehälter eine Verringerung der Kosten des Lebensunterhaltes. Am Nachmittag beschäftigte sich die Finanzkommission mit dem sozialistischen Gegenentwurf, den Vincent Auriant verteidigte. Der sozialistische Abgeordnete beantragte mit Unterstützung einiger Radikalen, den Gegenentwurf in Ermägung zu ziehen. Die Kommission beschloß jedoch, zunächst den Finanzminister über die Regierungsvorlage zu hören.

Krawalle in Prag

Prag, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Dienstag demonstrierten in Prag die Autoversicherungsunternehmen und Chauffeurs gegen das neue Automobilgesetz. Nachmittags kam es auf dem Wenzelsplatz zu Zusammenstößen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor, unter die sich auch viele Kommunisten gemischt hatten. Die Ruhestörungen dauerten bis gegen Abend. Fünfzig Personen wurden verhaftet.

Hitler von der Schwerindustrie ausgehalten

Bei Devisenschiebungen kommt es heraus

Der Zufall hat wieder einmal am Tag gebracht, woher Hitler das Geld für seine Organisation bezieht. Im vergangenen Jahre hatten Oberleutnant a. D. Prinz Henburg und ein Rechtsanwalt Rienig bei der Schwerindustrie 250 000 Mark für Hitlers Arbeiterpartei gesammelt. Um die Devisenfreiheit über die Herkunft des Geldes zu täuschen, war es zunächst nach Frankreich geschickt worden. Von hier sollte es über eine französische Bank nach Saarbrücken übermessen werden. In diesem Zwecke wurde die Devisenordnung verletzt. Dabei wurden die beiden genannten Herren erwischt. Sie wurden verhaftet. Etwa 100 000 Mark von der Schiebersumme konnten beschlagnahmt werden. Jetzt teilt die Berliner

Justizpressestelle mit: „Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberleutnant a. D. Prinz Henburg und den früheren Rechtsanwalt Rienig wegen Devisenvergehens ist auf Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Wilhelmsruh eingestellt worden. Die Einstellung erfolgte, weil der Einwand der Beschuldigten, aus politischen Gründen gehandelt zu haben, als nicht widerlegbar angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft I hat gegen diesen Beschluß vorzorglich Beschwerde eingelegt.“

Einmal ertappt, mühten die edelmütigen Schnorrer zugeben, daß das Geld für die Nazis bestimmt war, und diesmal hilft alles Abkneipen nichts mehr. Die Schwerindustrie gehört auch zur deutschen Wirtschaft, wird Adolf sagen. „Warum sollen wir uns also von ihr nicht schmieren lassen?“

Neue Niederlage Klagges'

Verwaltungsgericht erklärt Maßnahmen von ihm für gesetzwidrig

Braunschweig, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat in einer, auf eine Klage des Rates der Stadt Braunschweig gestützten Urteilsbegründung erklärt: Die Tätigkeits des Staatskommissars verstoße gegen Reichs- und Landesgesetz.

Anstelle der Stadtverordnetenversammlung amtiert in Braunschweig seit 1 1/2 Jahren, auf Anordnung des Reichskommissars Klagges, ein Staatskommissar. U. a. hat er drei neue Stadträte eingesetzt. Gegen diese Willkürmaßnahme klagte der Rat beim Verwaltungsgericht. Es hat aus formalen Gründen die Klage abweisen müssen, weil die Einspruchsschrift verzerrt war. Dennoch sagt die Urteilsbegründung: ein Staatskommissar dürfe erst dann eingesetzt werden, wenn andere Wege zur Ordnungsmäßigen Erledigung der Aufgaben der städtischen Verwaltung nicht mehr vorhanden seien. Das sei nicht der Fall und deshalb verstoße seine Tätigkeit gegen Reichs- und Landesverfassung, vor allem gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Warum Reichskommissar in Preußen?

Der auf sozialdemokratischen Antrag eingeleitete Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zur Nachprüfung der Vorgänge, die zur Einsetzung des Reichskommissars in Preußen geführt haben, hielt am Mittwochabend seine konstituierende Sitzung ab. Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Nicolai (Natsoz.). Zum Berichterstatter wurde bestimmt Staatsminister a. D. Abgeordneter Gredewitz (Soz.), zum Gegenberichterstatter Abgeordneter Brüdner (Natsoz.). Der Vorsitzende wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den Berichterstattern den Beratungsplan aufzustellen und den Termin der nächsten Sitzung festzusetzen.

Nazis und Nazis Arm in Arm

Sie wählen einander

Eisenach, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates von Wölkershausen (Thür.) stimmten die Nationalsozialisten für einen Kommunisten als ersten Vorsitzenden und die Kommunisten für einen Nationalsozialisten als zweiten Vorsitzenden. Unter der Arbeiterenschaft von Wölkershausen herrscht große Empörung über diesen Verrat der Kommunisten. Vergebens hatten sich die Sozialdemokraten um die Ausschaltung der Nazis bemüht. Die zwei linientreuen Stalinsten von Wölkershausen stimmten lieber mit den drei Nazis als mit den vier sozialdemokratischen Gemeindevorstellern.

Die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz

Die Sachverständigen für weitgehenden Abbau der Zollbarrieren

Genf, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Wirtschaftsmassnahmen, die das Programm der Londoner Wirtschaftskonferenz bilden sollen, sind in einem ausführlichen Kommentar erläutert, der am Mittwoch von den Sachverständigen der Vorhergehenden Konferenz angenommen und in der zweiten Lesung verabschiedet wurde.

Der Kommentar enthält drei Kapitel, von denen das erste die handelsrechtlichen behandelt. Darin wird festgestellt, daß die Beseitigung der verschiedenen Arten von Beschränkungen, wie Kontingente, Clearing, Einfuhrverbote usw., das dringendste zu lösende Problem der Rückkehr der Weltwirtschaft zu normalen Verhältnissen darstellt. Wenn sich auch Schwierigkeiten einer raschen und völligen Beseitigung aller Hemmnisse entgegenstellen würden, so seien die Sachverständigen doch einstimmig der Ansicht, daß sich die Regierungen sobald als möglich über die völlige Beseitigung verständigen müßten. Vielleicht müßten Übergangsmaßnahmen vereinbart werden.

Kapitel 2 handelt von der Zolltarif- und Handelsvertragspolitik. Es beginnt mit der Feststellung, daß die Weltwirtschaftskonferenz sowohl in der Zoll- als in der Handelsvertragspolitik die bestehende Praxis abzuändern und die Anwendung liberaler Methoden zu sichern und zu heben habe. Hier findet sich auch die wichtige Anerkennung, daß eine Besserung der Weltwirtschaftslage erreicht werden könne, wenn die Schuldnerländer ihre Schulden mit Waren und Dienstleistungen bezahlen könnten und die Gläubigerländer ihre Handelspolitik entsprechend einrichteten. Der Zollabbau müsse in Stappen erfolgen. Dieser Zollabbau und die Verhandlung über eine gemäßigtere Spahnpolitik für die Zukunft müsse ein Ziel der Weltwirtschaftskonferenz sein. Auf einen durch Zollfreiheit zu erreichenden Stillstand in der Erhebung der Zolltarife müsse der Abbau der Zölle folgen. Dieser Abbau könne sich auf vier Gegenstände beziehen: 1. durch ein allgemeines Abkommen aller Konferenzstaaten; 2. durch Kollektivabkommen von Staatengruppen (regionale Abkommen); 3. auf Grund zweistufiger Verträge; und 4. durch autonome Zolländerungen. Der ideale Fall sei natürlich ein universelles Abkommen. Falls ein solches nicht zu erreichen wäre, bliebe die Möglichkeit von Kollektivabkommen, deren Beitritt jedem Staat offen stehen müsse. Im Bereich der Arbeitsbeschaffung wird festgestellt, daß in normalen Zeiten die uneingeschränkte Arbeitsbeschaffung den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zugrunde liegen soll. Über die notwendigen dauernden und vorübergehenden Maßnahmen müsse eine Vereinbarung herbeigeführt werden.

Das dritte Kapitel spricht von der Organisation von Produktion und Warenaustausch. Nach Ansicht der

Sachverständigen könnte eine gemeinsame Aktion der Regierungen fördernd wirken. Die Schaffung internationaler Kartelle müßte den beteiligten Industrien überlassen bleiben. Angesichts der ersten Lage der Getreideproduktion soll die Weltwirtschaftskonferenz die Frage einer Regelung der Getreideproduktion und der Ausfuhr auf Grund staatlischer Abmachungen prüfen. Auch bezüglich anderer Produkte könnte die Konferenz untersucht werden könnten, um die sich die beteiligten Wirtschaftskreise bisher erfolglos bemüht hätten. Gleiches gelte für das Verkehrswesen.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsnot im Ruhrbergbau

Ohne Arbeitszeitverkürzung nicht zu beheben

Ohne Verkürzung der Arbeitszeit gibt es keine Milderung der Arbeitslosigkeit. Auch die Bergarbeiter müssen diese Feststellung treffen. So macht die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des Verbandes der Bergbau-Industrie Deutschlands, gerade jetzt, wo in Genf die Vorkonferenz des Internationalen Arbeitsamtes zur Vorbereitung einer internationalen Arbeitszeitverkürzung tagt, mit besonderem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Arbeitsnot im Ruhrbergbau ohne Arbeitszeitverkürzung unmöglich eingedämmt werden kann.

Die Arbeitsnot im Bergbau, betont die Bergarbeiterzeitung, ist weit größer, als sie in den lächerlichsten Zahlen der Arbeitsämter zum Ausdruck kommt. Seit Anfang 1930 hat sich beispielsweise im Ruhrbergbau die Belegschaftsziffer von rund 383 000 auf rund 200 000 vermindert. In der bergmännischen Arbeitslosenstatistik des Ruhrgebietes werden aber zurzeit nur rund 120 000 arbeitssuchende Bergarbeiter ausgewiesen. Die wirkliche Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau muß nach sachmännischer Schätzung um etwa ein Drittel höher veranschlagt werden. Eine wirtschaftliche Besserung allein genügt keineswegs, um die arbeitslosen Bergarbeiter vom Druck der Erwerbslosigkeit zu befreien. Von den 200 000 angelegten Ruhrbergarbeitern wurden im Oktober 6,68 Millionen Tonnen gefördert. Wenn die nahezu 500 000 Feiertagschichten, die in diesem Monat eingelegt wurden, ebenfalls verfahren worden wären, dann hätte die gesamte Monatsförderung im Oktober etwa 7,5 Millionen Tonnen betragen. Die höchste Monatsförderung, die im Ruhrbergbau bisher erzielt wurde, entfällt auf die Hochkonjunktur im Jahre 1929. Damals betrug die durchschnittliche Monatsförderung 10,3 Millionen Tonnen. Um also die monatliche Höchstförderung des Jahres 1929 zu erreichen, hätte man die Oktoberförderung (ohne Feiertagschichten) um 2,8 Millionen steigern müssen. Für die Mehrförderung von 2,8 Millionen Tonnen hätten aber bei einem Schichtförderanteil von 1646 Kilogramm etwa weitere 68 000 Bergarbeiter genügt.

Mit anderen Worten: Selbst wenn in absehbarer Zeit der Ruhrbergbau eine Refordförderung wie die von Jahre 1929 erreichen könnte, dann würden bei Fortfall der Feiertagschichten und dem gegenwärtigen Schichtförderanteil nur etwa 88 000 Bergarbeiter neu eingestellt. Nur etwas mehr als die Hälfte der registrierten arbeitssuchenden Bergarbeiter hat demnach Aussicht auf eine Wiederbeschäftigung — vorausgesetzt, daß die Fördermenge von 10,3 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt wieder erreicht werden könnte.

Zehntausenden von arbeitslosen Bergarbeitern müßten also die Fehertore für immer verschlossen bleiben, es sei denn, die Fördermenge könnte über das Produktionsquantum von 1929 hinaus tiefer gesteigert werden. Da aber diese Möglichkeit, gemessen an den realen Verhältnissen, für absehbare Zeit vollkommen aussichtslos bleibt, die Frage: Wohin mit der bergmännischen Arbeitslosenarmee?

Die Gebanktlosen empfehlen eine Unterbringung der arbeitslosen Bergleute in anderen Berufen und Gewerbezeigen. Wie es jedoch damit praktisch aussieht, lehrt ein Blick auf den rheinisch-westfälischen Arbeitsmarkt. Im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen waren Ende November insgesamt 474 201 arbeitssuchende Personen gemeldet. Im Bezirk Rheinland waren zu gleicher Zeit über 700 000 Arbeitslose vorhanden. Die Arbeitsämter in Rheinland-Westfalen wiesen demnach bereits im November eine Arbeitslosen-ziffer von insgesamt 1 200 000 auf. Eine Entlastung des bergbaulichen Arbeitsmarktes durch Berufswechsel ist also so gut wie ausgeschlossen.

Von welcher Seite aus man auch das Arbeitslosenproblem des Bergbaus betrachtet, es bleibt zunächst gar kein anderer Ausweg, als durch eine grundlegende Verkürzung und Neuregelung der Arbeitszeit auch im Bergbau zu viel Arbeitsplätze wie möglich frei zu machen. „Die gewerkschaftliche Forderung nach der Vierzigstundensche, die auch heute noch teilweise verhängt und Kritik abgelehnt wird“, so schließt die Bergarbeiterzeitung ihre beachtenswerten Feststellungen, „wird sich sehr bald als unabwendbare Notwendigkeit erweisen.“

Die Tatsachen, die das freigewerkschaftliche Bergarbeiterorgan herausstellt, reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen, daß es auch im Bergbau in der Frage der Arbeitszeitverkürzung keinen neuen Aufschub mehr geben kann.

Die Kohlenverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind zum Abschluß gekommen. Der neue Vertrag tritt am 1. April 1933 in Kraft und kann jeweils von Vierteljahr zu Vierteljahr gekündigt werden. Der Umlaufverhältnis für den Kohlenaustausch wurde zu Gunsten Deutschlands geändert. Allerdings hat Deutschland in eine Kürzung seiner Kohlenlieferungen einwilligen müssen.

Herr Staatsanwalt, das geht Sie an!

Was wird nunmehr in Woißschwitz geschehen?

In Woißschwitz wurde, wie uns gestern noch kurz vor Redaktionsschluss gemeldet wurde, am Dienstag ein regelrechter Ueberfall uniformierter Nationalsozialisten auf Andersdenkende verübt, der rechtlich betrachtet, alle Merkmale des Landfriedensbruchs zeigt. Der schon seit geraumer Zeit sattem bekannte Trübsinnbeschwörer und Stahlhelm-Ortsführer Böhme-Woißschwitz hat hierbei den Anführer gespielt. Seiner „aufläuternden“ Tätigkeit im Dienste der ortstrenden Bürgerkriegstruppen ist es zu danken, daß der Arbeiter Busse, der ebendem Stahlhelm angehörte und wegen seines Austrittes bei Herrn Böhme unbeliebt gewesen sein mag, in nichtiger Weise mißhandelt und schwer verletzt wurde.

Die Tätigkeit des Herrn Böhme wird in der Sprache der Rechtsgelehrten Rädelsführerschaft bei schwerem Landfriedensbruch genannt und, wenn es sich um Sozialdemokraten oder Kommunisten handelt, mit unumsichtlicher Energie verfolgt und schwer bestraft. Wir erinnern nur an die berühmte zwei- und dreißigjährige Rädelsführerin Kuhl in Kantsch, die man ungeachtet ihres Alters und ungeachtet der widersinnigen Beschuldigung, sich als alte Frau im Sitzen als „Rädelsführerin“ betätigt zu haben, prompt in Untersuchungshaft setzte und vor das Standgericht stellte. In Kantsch handelte es sich um einen Zusammenstoß, bei dem Ursache, Auswirkung und Ausmaß nur äußerst schwer bestimmbar waren. In Woißschwitz hingegen ist der Fall sehr klar und die Polizei auch anscheinend schon hinreichend informiert. Obwohl die üblichen Vormittagsmeldungen der Breslauer Polizei nichts über den Fall besagten, konnten wir wenig später feststellen, daß der Vorfall ebenso wie die Verlesung des Mißhandelten dort bekannt sind. Es ist also anzunehmen, daß die Polizei das Ergebnis ihrer Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft abgibt.

Damit wäre, bürokratisch betrachtet, der Fall in seinen juristischen ordnungsmäßigen Bahnen, sofern, ja sofern eben jenes Vertrauen zu dieser Behörde allgemein wäre, das die Vermutung rechtfertigen würde, daß hier mit der gleichen Energie durchgegriffen würde, wie es beispielsweise anlässlich des Zusammenstoßes von Stahlhelmläutern und kommunistischen Parteigängern anlässlich des Stahlhelmtages in Breslau ungeachtet mancher problematischer Beweisführung in diesem Fall geschehen ist. Wir haben aber dieses Vertrauen nicht und wir haben Gründe, dieses Vertrauen nicht zu haben, obwohl es Amtsstellen gibt, die uns dieses unsere Stellungnahme gerne als parteiliche Voreingenommenheit gegen den Beruf des öffentlichen Anklägers auslegen.

Es ist uns zwar bekannt, daß die Staatsanwaltschaft und ihre vorgeordneten Dienststellen meist an das Götterglatz zu denken pflegen, wenn eine sozialdemokratische Zeitung etwas an ihrer Tätigkeit auszufehen hat (was sich schon dadurch erweist, daß sie im Gegensatz zu anderen Behörden auf öffentlich erhobene und belegte Anträge von sehr erheblichem öffentlichen Interesse überhaupt nicht zu erwidern pflegt), aber wir glauben es der öffentlichen Meinung schuldig zu sein, diese unsere Ausstellungen an der Tätigkeit einer Behörde, die wie keine andere ähnliche Instanz jenseits der öffentlichen Kritik nur nach dem sogenannten pflichtgemäßen Ermessen arbeitet und infolgedessen besonders auf die Wirkung dieser Tätigkeit nach außen bedacht sein müßte, zu begründen. Die Staatsanwaltschaft hat uns das Material für eine solche Begründung dieser Tage selbst geliefert. Der Provinzredakteur Genosse Reventlow bekam nämlich unter dem Datum vom 6. Januar folgenden Bescheid des Oberstaatsanwaltes zugestellt:

Bei Ihre Anzeige vom 15. August 1932 gegen Unbekannt und zum Nachteil Kattig wegen Körperverletzung. Das Verfahren ist gemäß § 4 des H. n. v. d. S. d. G. vom 28. Dezember 1932 eingestellt.

Die Unbekannten, um die es sich hier handelt, sind die Insassen des berühmten und berühmten Ueberfallautos der NSDAP, IK 6120, die im Kreise Neumarkt verschiedene Ueberfälle verübt hatten. Gegen sie und gegen einige namentlich benannte Nationalsozialisten in Ostschin richtete sich eine andere Anzeige, die am 6. August, also eine Woche zuvor, ebenfalls an die Staatsanwaltschaft gerichtet worden war und bei der es sich um einen tätlichen Angriff mit gefährlichen Werkzeugen gegen den Antifa-Mann R. Preischer aus Gräbichen handelte, der

am Wochtag in Ostschin schwer verletzt wurde. Außerdem terrorisierte damals die Ueberfallbande des Heines-Wagens in dem Moment, als Preischer von einem sozialdemokratischen Parteisekretär im Dienstauto ins Krankenhaus gebracht werden sollte, das ganze Dorf. Diese Anzeige ist sehr detailliert, Zeugen, Täter und Datum sind genau angegeben. Seither haben unglückselige Standgerichtsverhandlungen gegen linksgerichtete Arbeiter stattgefunden, sind viele verurteilt, viele Ermittlungen durchgeführt worden. Der Angeklagte aber hat in diesem Falle bis zum heutigen Tage noch keinen Bescheid, nicht einmal die Mitteilung erhalten, daß die Annettie, vielleicht vorbereitete, Ermittlungen unterbrochen habe.

Ostschin liegt sehr dicht bei Woißschwitz. Sollte der niederträchtige, die öffentliche Ruhe und Ordnung erheblich störende Ueberfall der Bürgerkriegstruppen am Dienstag etwa ebensolche geruhssame Beachtung finden, wie die Ostschiner Gewalttat? Wird es auch hier ein halbes Jahr erfordern, festzustellen, daß vielleicht eine Annettie Anwendung finden könne, oder wird diese freche Gewalttat ihre Sühne finden. Wenn die Staatsanwaltschaft der Auffassung ist, daß sie das Ansehen Deutschlands als Rechtsstaat mit zu wahren hat, dann wird sie jedoch gut tun, sich in dieser Angelegenheit nicht der gleichen Zurückhaltung zu befleißigen, wie bei der erwähnten Meisterlecherer in Ostschin, die, wären Reichsbannerleute die Täter gewesen, sicher schon längst das Standgericht beschuldigt hätte.

Brodan. Unterhaltungsabend des Konsumvereins „Vorwärts“. Heute abend findet bei Wende unser Unterhaltungsabend statt. Zur Vorführung gelangen Film, Vorträge auf dem Typophon, heitere Lieder zur Laute, Tanz und Unterhaltungskonzert, ausgeführt vom Vorwärts-Trio. Wir erwarten zahlreichen Besuch. Familienangehörige und Bekannte können mitgebracht werden.

Sacrau. In der Erwerbslosenversammlung der Sozialdemokratischen Partei am vergangenen Freitag referierte Genosse Stalg über das Problem der kapitalistischen Wirtschaft und beantwortete anschließend die Fragen der Erwerbslosen über Unterhaltungsangelegenheiten. In der Diskussion meldete sich ein Mitglied des Bezirks-Erwerbslosenausschusses Schiesten, Langner, der hoffte, in Sacrau besondere Vorbeeren zu ernten. Das ist allerdings vollständig mißlungen. Zum Schluß wurde ein aus sieben Personen bestehender Ausschuß zur Vertretung der Interessen der hiesigen Erwerbslosen gewählt.

Josten. Opfer der Glätte. Am Montag starb der achtjährige Sohn Richard des Arbeiters Franz Seidel auf dem Nachhausewege infolge der Glätte so unglücklich, daß er sich den rechten Unterarm brach.

Familien-Anzeigen

Gesamtverband, Abt. Kraftfahrer
Am Dienstag, dem 17. Januar 1933, verstarb unser wertiges Mitglied, der Kraftfahrer

Kurt Fuhrmann

im Alter von 26 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, den 21. Januar 1933, 14 Uhr, von der Kapelle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy. 213

Verband der Maler, Lackierer u. Anstreicher
Am Montag, dem 16. Januar 1933, verstarb plötzlich an Gehirnschlag unser treuer Kollege, der Maler

Paul Becker

im Alter von 61 Jahren. 214
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Filiale Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof Strehleiner Straße.

1933

60 Pf.

Der Kalender für das schaffende Volk

Unser Schlesien

Land / Leute / Leben

Aus dem Inhalt

Kalender: Fest-, Erinnerungs- u. Namens-tage, gesetzliche Fest- und Feiertage des Jahr in den verschiedenen Zeitrechnungen, Sonn- und Mondfinsternisse, Stellung der Sonne in den Zeichen des Tierkreises, Mondphasen, Lauf und Stellung der Planeten.

Textteil: Sieben Jahrhunderte in der Geschichte von Janer, „Nult - null“ oder: Wie sich einer an den Galgen wünschte, Schlesische Originale, Die Plünderung Goldbergs vor 300 Jahren, Hülse Paul auf dem Entenjongel, Das Kattenskrigel, Sprechende Schabe, Die Bergküne Kynast und die Knigendensme, Von den Baudeckelkörnern der Stadt Lauban, Krümmhülse, einst ein Apothekerdort, Glas-hüttenarbeit, Zwei Dickköpfe, Zeitungsgeschick - Zeitungsstellen, Hesse.

Anhang: Messen und Märkte, Zeitmetschende, Fruchtschichtkalender, Hundstehiger Kalender, Postkarte, Tabelle zur Ermittlung eines Wochentages, Zinstabelle.

20 Bilder im Text und 16 Kunstdrucktafel.

Volkswacht-Buchhandlung
Flurstraße 4/6

Druckerei Volkswacht
Breslau 2, Flurstraße 6/8

STADTHEATER

Donnerstag, 19.30 bis gegen 22.30

Zango am Mitternacht

Freitag, 21. bis gegen 22.30

Cavalleria rusticana

Der Bajazzo

Sonnabend, 19.30 - 22.45

Zahnhäuser

LOBE THEATER

Täglich 20.15 bis 22.15

Kind im Schatten

Sonnabend 20.15 (u. täglich)

Jum 1. Male!

In wahr um schön zu sein

Romödie von Bernard Shaw

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15 - 22.10

u. Sonntag 15.30 - 17.35

Auslandreise

Sonnabend 20.15 (u. täglich)

Neuinszenierung!

Schneider Wibbel

Romödie von Hans Müller-Schiffer

SCHAUSPIELHAUS

Telefon 363 00

Täglich 2 x 4.30 u. 8.15 Uhr

Der große Erfolg

Die Fahrt ins Abenteuer

Operette von Will Jantsch

Wohlfühl-Läden?

Damen-Wintermäntel

jetzt rückwärtslos im Angebot

4.98, 5.98, 14.50

Eigene Anfertigung!

Fuchs, Frick - Wdh. - Str. 21

Geöffnet von 10-7 Uhr

Urania

12 Monatshefte

und 4 Bücher

Der Sozialistische

Kalender

In jeder Buchhandlung

oder direkt bei uns

Preiswerte Angebote

aus meinem

Hilfsspeicher

2 Bände

1. Band 25,-

2. Band 25,-

3. Band 25,-

4. Band 25,-

5. Band 25,-

6. Band 25,-

7. Band 25,-

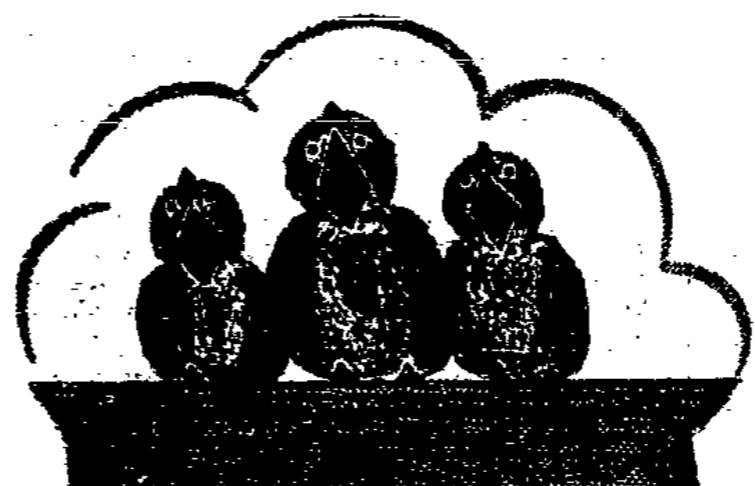
8. Band 25,-

9. Band 25,-

10. Band 25,-

Die Spitzen pfeifens längst vom Dache

Branntwein- u. Getreidekornmarken nur von Fache



Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer** vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.40
- Feiner alter Breslauer** der altberühmte Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
- Fache Edelmarke** mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.70
- Fache Kream** die führende Qualitätsmarke, reines, geschmackvol durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 1.90
- Fache Exquisit** phant. mit durchdringendem Getreidegeschmack 33% Ltr.-Fl. 2.30

Getreidekorn - Marken:

- Fache Weizenkorn** der berühmte Breslauer Korn in der Vollendung 32% Ltr.-Fl. 2.05
- Fache Roggenkorn** sehr fein aromatisiert, die Elite-Qualität 30% Ltr.-Fl. 2.20
- Fache Getreidekorn** unsere Standardmarke, etwas ganz Aussergewöhnliches 31% Ltr.-Fl. 2.60
- Jagdkorn** (Doppelkorn), vollwertig, reines, geschmackvol durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 2.50

Achtung! Fache-Weizenkorn nochmals billiger geworden



Int. Gem. d. ehem.

Circus Schneider

Kapitän Altrad

eröffnet

am 25. Januar, abends 8 15 Uhr

sein Gastspiel im

Circus Busch - Gebäude

Lösungsplatz mit seinen

100 000 vadis Löwen

und weiteren

20 erstklassigen Circus-Attraktionen

100 000 vadis Löwen

und weiteren

20 erstklassigen Circus-Attraktionen

left Bücher

(schult den Verstand)

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Flurstraße 4.

Masken

billig zu verkaufen
bei Dobin, Reherberg 17/19.

Nähmaschinen

ohne Anzahlung, Wochenrate
von Mt. 1.75 an abzugeben.
Off. unt. B. 142 an die Volkswacht, Flurstr. 4, abzugeben.

Zur Hilfees

und Matrizen, die innerhalb 16 Tagen nach Ablauf des Kustroses nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Hilfees nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

Die kleine Anzeige

die Du ausgeben mußt, wenn Du miesten, verkaufen und lernen willst, gehst in Deine Zeitung in die Volkswacht!

Dort ist sie billiger als in der bürgerlichen Presse und bringt Dir

bestimmten Erfolg!